

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich 2.- Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifen im In- und Ausland 6.20 Reichsmark pro Monat.

Das „Vorwärts“ mit der Kultur- und Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Blumwelt“, „Stadtleben“, „Braunbrot“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Leben“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblättrige Kampfbroschüre 60 Pfennig. „Kampfbroschüre 2.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft der Broschüre. jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenausschreibung das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten 20 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Einblendung 2. monatlich von 6/1 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Tösch 202-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 67536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Wachsende Arbeitslosigkeit.

Abschwächung der Konjunktur oder Saisonerscheinung?

Amtl. wird mitgeteilt: In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1927 von etwa 709 000 auf 1 037 000, also um 64,3 Prozent, während die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger nur um 24,4 Prozent zunahm (von 121 800 auf 151 500). Insgesamt betrug also die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung am 31. Dezember 1927: 1 188 500.

In der Krisenunterstützung stieg die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 141 000 auf 177 000 oder um 25,4 Prozent; die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 30 400 auf 34 400 oder um rund 13 Prozent. Insgesamt betrug also am 31. Dezember 1927 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung 211 400.

Die starke Zunahme der unterstützten Arbeitslosen erklärt sich einmal aus weiteren Zugängen aus den saisonmäßigen Bezufen. Die Einstellung der Bauarbeiten wirkt sich offenbar jetzt auch in den Baubewerben aus. Auf der anderen Seite ist der Umfang der Beschäftigung in den Industrien, die saisonmäßig mit dem Weihnachtsgeschäft verbunden sind, insbesondere in der Möbelindustrie, der Spielwarenindustrie und im Nahrungsmittel- und Genusmittelgewerbe merklich zurückgegangen. Ob darüber hinaus in der Zunahme der Arbeitslosigkeit auch eine beginnende Abschwächung der Konjunktur zum Ausdruck kommt, läßt sich zurzeit noch in keiner Weise übersehen.

Westarps Wahlkampf.

Er will mit einer französischen Linkregierung verhandeln.

Graf Westarp hat in Kassel eine Rede gegen die Wahlen gehalten. In seiner Angst vor der Wahl hat er sich den Big geleistet, den Bürgerblock für den passenden Verhandlungspartner einer französischen Linkregierung zu erklären.

„Wenn die französischen Wahlen eine Regierung bringen sollten, die den berechtigten deutschen Ansprüchen auf Räumung und Abrüstung geneigt sei als die jetzige, so komme viel darauf an, daß im Juni nicht eine Regierungstruppe und unsichere Verhältnisse nach der Neuwahl herrschen, sondern, daß dann eine verhandlungsfähige Regierung vorhanden sei. Das könne unter den gegebenen Umständen nur die jetzige Regierungskoalition sein.“

Westarps Koalitionsfreund Stresemann ist anderer Ansicht. Er kam nach den Besprechungen mit Briand aus Genf zurück mit der Überzeugung, daß der Reichstag im Frühjahr aufgelöst werden müsse, damit der neuen französischen Regierung eine feste, vom Volk in Reichstagswahlen begründete deutsche Regierung gegenüberstehe — und zwar in anderer Zusammensetzung als die Regierung von heute.

Eine Bäuberei in Brüssel.

Hochschulbuden überfallen eine Ausstellung.

Brüssel, 12. Januar. (Eigenbericht.)

In der vorigen Woche wurde in Brüssel eine recht interessante Sommerausstellung eröffnet, die das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben Belgiens illustrieren soll. Am Donnerstag nachmittag begaben sich nun etwa 100 fascistische Studenten zur Ausstellung, verschafften sich mit Gewalt Eingang und zerstörten Fenster, Türen, Bücher, Bilder, statistische Tabellen und sonstige ausgestellte Gegenstände. Zum Glück wurden die fascistischen Banden durch ein Alarmzeichen ihrer draußen gebliebenen Kameraden entdeckt, ehe sie die wertvollsten Kunstgegenstände vernichten konnten. Die Polizei glänzte durch Abwesenheit. Kurz darauf begab sich der Bürgermeister an Ort und Stelle. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Die Arbeiter sind über diesen Bubenstreich empört. Man ist entschlossen, derartige Methoden in Belgien auf keinen Fall einzulassen.

Vorsteherwahl im Rathaus.

Aussprache über die Explosionkatastrophen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern der Vorstand allem Herkommen nach neu gewählt. Vorsteher blieb unser Genosse Hah, der alle abgegebenen gültigen Stimmen erhielt. In die Stellvertreterposten teilen sich Deutschnationale, Demokraten und Kommunisten; die letzteren stimmten in diesem Jahr für den Genossen Hah, nachdem sie ihm 1927 die Stimmen verweigert hatten.

Die Versammlung behandelte dann eine sozialdemokratische Anfrage wegen der Explosionen in der Landsberger Allee und in Dahlem.

Die Verbannung nach Sibirien.

Sympathiekundgebungen in Moskau.

Wie wir erfahren, hat ein Teil der zur Verbannung bestimmten Altholtschewits den Weg in die Verbannung bereits antreten müssen; so der sehr bekannte Feuilletonist Sosnowski, der ebenso wie zwei andere Verbannte von zahlreichen jugendlichen Anhängern der Opposition auf den Bahnhof begleitet wurde, die aus ihrer Sympathie mit den Verbannten durchaus kein Hehl machten.

Sosnowski und Kamenev sind nach dem kleinen kaukasischen Ort Suchum verbannt worden. Dort gibt es fast gar keine Arbeiter, und die ehemals Allmächtigen werden dort unter Polizeiaufsicht stehen.

Trotski wohnt noch in Moskau, und zwar in der früheren Wohnung des gewesenen Innenministers Jeloborodow, der jetzt als Mechaniker in einer Fabrik arbeitet. Die materiellen Verhältnisse Trotskis sind nicht so dürftig, wie vielfach angenommen wird; er hat noch Einkünfte vom Staatsverlag, in dem seine Werke erschienen sind, darf jedoch nicht mehr als 200 Rubel im

Monat beziehen. Dieser Betrag ist das offizielle Höchstgehalt für Kommunisten, da sie nicht „als Bourgeois leben“ sollen. Allerdings wird diese Gehaltsgrenze bei den Wohlhabenden durch Naturalzulagen wesentlich überschritten.

Karl Radet ist gleichfalls noch in Moskau, und seine Wohnung ist das Stelldichein zahlreicher Besucher, die dort geradezu Versammlungen abhalten. Die Tscheka ist von diesen Versammlungen um so sicherer unterrichtet, als ein Teil der Besucher sicherlich in ihrem Solde steht!

Protest der KPD-Opposition.

Das Reichsorgan der kommunistischen Opposition veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen Protest gegen die Verbannung der russischen Oppositionellen, die als ein Verbrechen an Lenins Erbe und an der internationalen Arbeiterbewegung bezeichnet wird.

Poincaré hat gesiegt.

Kommunistenverhaftungen genehmigt und durchgeführt. — Protest der Linken.

Paris, 12. Januar. (Eigenbericht.)

In der Donnerstags Sitzung der Kammer, die schon durch die vollzählige Anwesenheit der Minister, mit Ausnahme Poincarés, ein großes politisches Ereignis ankündigte, hielt Präsident Genosse Buisson seine Antrittsrede. Er gab einen Rückblick auf die Arbeit des Parlaments im vergangenen Jahre und betonte vor allem die von der Kammermehrheit der Politik Briands gewährte Unterstützung. Das Recht der parlamentarischen Kontrolle sei unversehrt und unbestritten geblieben; es möge auch in der Zukunft, zumal wenn die Revision des Dawes-Planes zur Debatte stehen sollte, so bleiben. Hierauf würdigte Buisson die Fortschritte auf finanziellen Gebieten, erklärte jedoch, daß die Steuerlasten auf Konsum und Erzeugung zu schwer seien und eine Milderung des gegenwärtigen Steuer-systems in der nächsten Zeit unerlässlich sein werde. Unter den Arbeiten, die die Kammer vor den Neuwahlen noch zu leisten hat, hob der Präsident die Erledigung der Sozialversicherung und des Erledigungsgehaltes hervor. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Sitzung wurde dann unterbrochen, um den Ministern, die Senatoren sind, die Teilnahme an der Wahl des Präsidiums zu ermöglichen. Inzwischen herrschte innerhalb und außerhalb des Kammergebäudes große Erregung wegen der Entscheidung über das Schicksal der verurteilten fünf kommunistischen Abgeordneten, von denen Cachin und Bailant-Couturier erschienen waren. Die Polizei hatte wiederum außerordentliche Maßnahmen ergriffen. Ganz Paris macht sich darüber lustig.

Als die Sitzung wieder eröffnet war, forderte Genosse Uhrig die Aufrechterhaltung der Immunität auch der kommunistischen Abgeordneten. Der Justizminister erluchte um Ablehnung des sozialistischen Antrages und stellte die Vertrauensfrage.

Im weiteren Verlauf der Debatte steigerte sich die Erregung. Als Justizminister Barthou gesprochen hatte, kam Cachin zum Wort, der in geschickter Weise dagegen protestierte, daß die Regierung ihn abwechselnd im Gefängnis, in der Kammer und wieder im Gefängnis haben wolle. Die Kommunisten würden sich zu einem solchen Spiel nicht hergeben, und nichts werde sie von der Ausübung ihrer Pflichten abhalten: „Wir sind hierher geschickt worden, um unsere Ideen ehrlich zu vertreten; unsere Wähler sind ebensowohl wert wie die übrigen sie haben das Recht, hier vertreten zu sein!“

Dann befeigt

Leon Blum

die Tribüne, dessen Ausführungen außerordentlich starken Eindruck machten. Er verlangt die Beobachtung der Verfassung, die nur eine Deutung, die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Immunität zulasse. Die Regierung stelle die Vertrauensfrage nur, um jene Abgeordneten, deren Stellung sie nicht sicher wäre, zur Stimmabgabe für sich zu zwingen. Den Radikalen ruft Blum zu: „Hier sollen Abgeordnete auf Grund jener Ausnahmegeetze verurteilt werden, deren Beseitigung Sie gefordert haben. Ihr Republikaner muß das akzeptieren? Ich kann es nicht glauben!“

Ministerpräsident

Poincaré springt auf, Blum aber spricht weiter,

indem er den Unterrichtsminister Herriot persönlich apostrophiert, der einmal den Präsidentenstuhl der Kammer verlassen hatte, um gegen die von Caillaux zur Sanierung der Finanzen geforderten Ausnahmegeetze zu protestieren. Blum fragt Herriot direkt, ob er, nachdem er damals durch sein Zutreten den Sturz des Kabinetts herbeigeführt hatte, wieder für das Recht der Immunität in die Arena steigen würde. Blum schließt mit den Worten: „Das politische

Problem stellt sich in seiner ganzen Bedeutung dar; die Republikaner müssen es lösen.“

Die Aufregung hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Lage der Regierung ist kritisch. Da verlangen ihre Freunde Unterbrechung der Sitzung, die beschlossen wird.

Die radikale Fraktion trat eiligst zusammen, auch Poincaré und Justizminister Barthou waren in der Beratung. Nach einer halben Stunde wird die Kammer Sitzung wieder aufgenommen. Poincaré vertritt nochmals den Standpunkt der Regierung. Nach einer kurzen Rede des Präsidenten der Radikalen Partei, Daladier, in der er die Ausnahmegeetze ablehnt und erklärt, gegen die Regierung stimmen zu müssen, kommt es zur Abstimmung. Die ergibt die

Ablehnung des sozialistischen Antrags mit 310 gegen 227 Stimmen.

Diese relativ große Mehrheit für die Regierung kann nur damit erklärt werden, daß die Kammer vor einem Sturz Poincarés im gegenwärtigen Augenblick zurückfährt. Hierauf beantragt Uhrig, daß die verurteilten Kommunisten erst nach Ablauf der Wahlperiode verhaftet werden dürfen. Aber auch dieser Antrag wird mit 298 gegen 229 Stimmen abgelehnt.

Beim Verlassen des Kammergebäudes wurden Cachin und Bailant-Couturier verhaftet und im Automobil ins Gefängnis gebracht.

Ein großes Polizeiaufgebot hielt den Platz besetzt. Immerhin hatten sich gegen 1000 Personen versammelt, die im Augenblick der Verhaftung „Es lebe Cachin!“ riefen.

Die Kammerabstimmung dürfte zu einer

Krise in der Radikalen Partei

führen. Ihr Präsident Daladier soll seinen Rücktritt beantragt haben, weil ihm die Fraktion nicht gefolgt ist. 60 Radikale stimmten für die Regierung, nur 44 gegen sie, während sich etwa 30 der Stimme enthielten. Auch Herriot fühlt sich als Mitglied des Kabinetts Poincaré nicht mehr genügend von seiner Partei unterstützt.

Der Senat wählte Doumer mit 215 von 252 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten wieder.

Mit diesem scharfen Vorgehen hat die Regierung Poincaré lediglich den Kommunisten selber einen unerschütterbaren Dienst erwiesen. Die verhafteten kommunistischen Abgeordneten werden ihr Los um so leichter tragen, als das sogenannte „politische Regime“ im Saint-Gefängnis eine recht harmlose Angelegenheit ist. Die politischen Gefangenen bewohnen eine besondere Abteilung der Strafanstalt, sie genießen — innerhalb dieser Abteilung — nahezu jede Freiheit und machen davon einen sehr ausgiebigen und sibielen Gebrauch. Man darf jederzeit und ohne jede Überwachung so viel Besucher empfangen, wie man wünscht, man kann sich selbst beschäftigen, und wenn einer täglich seinen Zeitungsartikel schreiben will, wird dessen rechtzeitige Uebermittlung an das Blatt ohne weiteres besorgt. So wird die „Humanität“ von Cachin und Bailant-Couturier in nächster Zeit vielleicht mehr Luftzüge veröffentlichen, als wenn sie in Freiheit wären. Wir bezweifeln nicht, daß der jetzt nach Sibirien deportierte Rakowski, der noch vor drei Monaten in Paris weilte und vor dem Cachin kagudelte, gern mit

diesem jezt tauschen möchte. — Diese Hasi, die der ehemalige Antimilitarist und jetzige Faschistenfreund Gustave Heros jahrelang munter ertrug, wird bei den Opfern der gestrigen Abstimmung höchstens 3/4 Monate dauern, da ihre Wiederwahl dadurch gesichert ist denn je.

Denn das eine steht fest: wenn die Häftlinge auch nicht gerade als „Martyrer“ gefeiert werden dürften, da so ziemlich jeder Wähler weiß, was von dem régime politique im Sankt-Gefängnis zu halten ist, so wird dennoch das Prestige der kommunistischen Partei gehoben werden. Die kommunistischen Kandidaten — vor allem die Inhaftierten — werden manche Arbeiter- oder linksbürgerliche Stimme erhalten, die sie sonst nie gewonnen hätten; nicht dem Bolschewismus zuliebe, sondern aus Protest gegen die Reaktion.

Es ist undenkbar, daß die Regierung dies nicht eingesehen haben sollte. Vielmehr hat es den Anschein, als ob die Rechtsparteien bewußt diesen Dienst der kommunistischen Partei erwiesen haben, um letztere bei den Wahlen auf Kosten der Sozialisten und der Radikalen zu stärken. Die französische Reaktion weiß, daß, je mehr die Kommunisten bei den kommenden Wahlen Mandate erhalten, je geringer die parlamentarische Mehrheit der Linksparteien sein würde. Jeder kommunistische Gewinn ist ein Verlust für die Demokratie, also ein indirekter Gewinn für die Reaktion. In Frankreich ebenso wie in Deutschland.

Die französische Rechtspresse gibt zwar vor, daß sie in erster Linie die „kommunistische Gefahr“ bekämpfen wolle, aber sie weiß sehr gut, daß diese Gefahr in Frankreich noch geringer ist als anderswo. In Wirklichkeit hofft die Reaktion, den Spieglern einen Schreck einzujagen und das Mandat zu wiederholen, das ihr so glänzend im November 1919 gelungen ist. Gleichzeitig verleiht sie absichtlich den Kommunisten eine Bedeutung, die sie gar nicht besitzen, und ein Ansehen, das sie wahrhaftig nicht verdienen.

Es ist nur traurig, daß linksstehende Minister wie Herriot, Painlevé und Briand diesen Schwindel mitgemacht haben. Sie sind vor der expressiven Drohung Boincarés mit einer Kabinettskrise und einem neuen Währungssturz zurückgewichen. Aber die Mehrheit ihrer eigenen Parteifreunde im Parlament hat sich durch diese Drohung nicht abhalten lassen, gegen die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten zu stimmen, obwohl die Vertrauensfrage gestellt war.

Hamburg betrauert Otto Stolten.

Die Beisehung des Vorkämpfers.

Hamburg, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Heute wurde Otto Stolten zu Grabe getragen. Der imposante Trauerzug, der sich in mehr als zweistündigem Marsch durch die volkreichsten Stadtteile bewegte, war eine große Kundgebung für den Verstorbenen und seine Partei. Die eigentliche Trauerfeier war im großen Saal des Gewerkschaftshauses, wo die Leiche aufgebahrt war. Nicht nur der gesamte Hamburger Senat, auch Vertreter des Bremer und Lübecker Senats, der Magistrate der Reichsstädte, der Reichs- und der preussischen Staatsbehörden waren erschienen, daneben Vertreter unseres Parteivorstandes, der Reichstagsaktion und niederer Organisationen der Partei und Gewerkschaften.

Nach Vorträgen der Arbeiterjugend und des Stadttheaterorchesters hielt Senator Emil Krause die Trauerrede, in der das Leben und Wirken des Verstorbenen seine Würdigung erfuhr. Im Anschluß sprach Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Petersen von den Verdiensten, die Otto Stolten sich um seine Vaterstadt erworben hat. Im Namen des Parteivorstandes gab Friedrich Bartels-Berlin der Trauer um Otto Stolten Ausdruck: In Hamburg lagen die starken Wurzeln seiner Kraft, seine Wirksamkeit ging aber über Hamburg hinaus. Die Politik des Reiches und der Internationale hat Otto Stolten durch seine journalistische Arbeit und durch seine Tätigkeit in den Parteinstanzen nachhaltig beeinflusst. Es war selbstverständlich, daß er als Reichstags Abgeordneter in den Reichstag einzog. Wenn die besten Kräfte der Partei genannt werden, dann wird auch Otto Stolten genannt.

Den Trauerreden folgten Musik und Gesang, dann wurde der Sarg hinausgetragen. Drinnen vor dem Gewerkschaftshaus hatte eine vielzählige Menge. Nun schloß sich der Trauerzug in Bewegung, in dem vorweg in geschlossener Gruppe Hunderte Fahnen der Republik und Partei getragen wurden. Musikposten und Trommler- und Pfeifcorps waren über den ganzen langen Zug verteilt. Bis zum Ohldorfer Friedhof, wo die Beisehung erfolgte, hante sich der Verkehr. Am Grabe widmete der Vorsitzende der Hamburger Partei, Gen. Zentner, dem Verstorbenen die letzten Abschieds- und Dankesworte.

Luther auf Reisen.

Sein Bund hat kein Glück in Bayern.

München, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Die Lutherische Gründung des Bundes für Erneuerung des Reiches begegnet beim bayerischen Föderalismus, soweit er nicht denationalisiert gefährt ist, starkem Mißtrauen, ja zum Teil offener Ablehnung. Um diese Bedenken zu zerstreuen und um schließlich auch weißblau Kreise für seinen Bund zu gewinnen, weite Dr. Luther am Dienstag und Mittwoch in München, wo er mit einer Reihe von politischen Persönlichkeiten, darunter jetzigen und früheren Regierungsleitern der bayerischen Volkspartei konferierte. Seine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Held verlief, wie man hört, völlig ergebnislos, da Held nicht von der Ueberzeugung loskommt, daß Luthers Gründung (schließlich doch nichts anderes als ein verkapptes unitarisches Unternehmen darstellt. Reichs-Glück hatte Luther bei dem ehemaligen Innenminister Schwenker, dem einstigen Gegenspieler der direktorialistischen Ministerpräsidenten Rohr und Aniling, der sich trotz seines föderalistischen Herzens bereit erklärt haben soll, in den Vorstand des Lutherbundes einzutreten. Er poßt zu den anderen Mitgliedern dieses Vorstandes ausgezeichnet.

Zentrum gegen Einheitsstaat, für süddeutschen Bund

Stuttgart, 12. Januar.

In der Donnerstag-Sitzung des württembergischen Landtags wurde die Erörterung über den neuen Staatshaushalt fortgesetzt. Im Namen des Zentrums erklärte der Abgeordnete André, das Zentrum stehe auf dem Boden des föderalistischen Prinzips, verleihe sich aber nicht den Forderungen einer neuen Zeit. Mit Gründungen, wie dem Bund zur Erneuerung des Reichs, komme man aber nicht weiter. Eine vernünftige Lösung der vorliegenden Unstimmigkeiten sei nur auf dem Boden der

Die Schulaufsicht angenommen.

Beratung des Bürgerblock-Kompromisses begonnen.

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde § 13 des Schulgesetzentwurfs in folgender Fassung angenommen:

Die Aufsicht über alle Volksschulen führt der Staat. Die Zahl der Geistlichen darf die Zahl der den örtlichen Schulverwaltungskörpern angehörenden Vertreter der Lehrerenschaft nicht übersteigen.

Bei der Besetzung der Stellen der unmittelbaren sachmännlich vorgebildeten Schulaufsichtsbeamten ist auf die Art der ihnen unterstellten Schulen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

In die örtlichen Schulverwaltungskörper für Schulen, an welchen Religionsunterricht erteilt wird, ist je ein Geistlicher der entsprechenden Religionsgesellschaft (evangelischer, katholischer Geistlicher, Rabbiner) aufzunehmen. Den Geistlichen beruft die Schulaufsichtsbehörde auf Vorschlag der betreffenden Religionsgesellschaft. Das Nähere bleibt dem Landesrecht überlassen. In den Ländern, in denen den örtlichen Schulverwaltungskörpern auch Aufgaben der Landesverwaltung übertragen sind, ist die Teilnahme dieser Vertreter der Religionsgesellschaft an der örtlichen Schulverwaltung durch Landesgesetz zu regeln.

Der Ausschuß wandte sich dann den §§ 14 und 16 der Vorlage, die gemeinsam behandelt werden, zu. Es handelt sich um die Bestimmungen, die den Religionsunterricht in den Volksschulen und die Einschulung in den Religionsunterricht regeln. Hierzu liegt die bekannte Kompromißfassung der Regierungsparteien vor.

Abg. Dr. Schaefer (Z.) erklärte, mit dem zum Kapitel Religionsunterricht gestellten Antrag des Abg. Dr. Kuntel (D. Sp.) sei er nicht völlig einverstanden. Die Stellung des Zentrums zum Religionsunterricht sei durch das gesamte katholische Lehrsystem bestimmt. Die angestrebte gesetzliche Regelung könne es deshalb nur als Kompromiß betrachten. Im übrigen seien die Verhältnisse verschieden gelagert. Man müsse daher die Regelung im einzelnen den Ländern überlassen. Ein völlig abzulehnender kultureller Pessimismus sei es, wenn man auf jede rechtsrechtliche Regelung verzichte wolle. Eine Delegation sei notwendig, aber eine Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht nicht beabsichtigt.

Darauf begründete Abg. Dr. Mumm (Dnt.) den bekannten Kompromißantrag der Regierungsparteien. Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Keine Mietpreiserhöhungen!

Erklärung des Reichsarbeitsministers im Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann gestern nach der Erledigung des Justizetats mit der Beratung des Etats des Arbeitsministeriums. Die Beratung wurde mit einer Rede des Arbeitsministers Dr. Brauns eingeleitet. Die Rede überblickte alle Gebiete der Sozialpolitik und kam zum Schluß, daß die gute Konjunktur des Berichtsjahres wesentliche sozialpolitische Fortschritte erleichtert habe. Ueber den Wohnungsbau erklärte der Minister:

Unser Wohnungsbau bleibt aus bekannten Gründen leider noch hinter dem wünschenswerten Ausmaße zurück. Aber auch hier weist das Berichtsjahr bemerkenswerte Fortschritte gegenüber den Vorjahren auf. Im Laufe des Jahres traten allerdings Schwierigkeiten in der Beschaffung des nötigen Baukapitals ein, die einer Behebung bedürfen, zum Teil auch mittels ausländischen Kapitals.

Den Zeitpunkt für eine Steigerung der gesetzlichen Miete hält die Reichsregierung in absehbarer Zeit nicht für gegeben.

Der Berichtsjahr Genosse Hoch ergänzte die Darlegungen des Ministers durch eine Uebersicht über die Veränderungen im Etat. Er hob die Unsicherheit des Voranschlags hervor, die durch das Schwanken der Arbeitslosenversicherung hervorgerufen werde. Von der neuen Arbeitslosenversicherung könne man bezweifeln, daß sie weniger von der Arbeit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes.

Justiz oder Klassenjustiz.

Die Justidebatte im Reichshaushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat am Donnerstag die Beratung des Justizetats zu Ende geführt. In diesen Beratungen bestritt Abg. Kahl (Dsp.) mit großem Nachdruck das Vorhandensein einer Klassenjustiz.

Gegen seine Behauptung, daß es keine Klassenjustiz in Deutschland gebe, wandten sich mit großer Entschiedenheit die Abgeordneten Säger und Dr. Lewi (Sog.), Dr. Haas (Dem.) und Münzberg (R.D.).

Einzelstaatlichkeit möglich. Einverstanden sei das Zentrum mit dem Verschwinden der Kleinststaaten, mit einer durchgreifenden Grenzvereinbarung und auch mit einer Verschmelzung von Württemberg, Baden, Hohenzollern; auf der anderen Seite erblicke es im Einheitsstaate eine große Gefahr für die ganze wirtschaftliche und kulturelle Struktur der Länder.

Mit dem Stock gegen den Trauerzug.

Die Menschenliebe eines ostpreussischen Gutsbesizers.

Nach der „Königsberger Volkszeitung“ hat sich am zweiten Weihnachtstagsfesttag in Sonnheim, Kreis Angerburg, folgender, fast ungläublicher Vorgang abgespielt:

Man trug einen 84jährigen Greis zu Grabe, dessen Wunsch es war, auf einem alten kleinen Friedhof bei seinen verstorbenen Angehörigen beerdigt zu werden. Der alte Friedhof liegt 20 bis 30 Schritt vom Wege abseits. Da kein Weg dazu führt, sondern ringsherum frisch gepflügtes Ackerland sich befindet, blieb den Trägern nichts übrig, als den Sarg über den Acker zu tragen. Mit einem schweren Stock bewaffnet, wehrte sich der Besitzer des Landes gegen diese Notwendigkeit. Als einer der Leidtragenden trotzdem den Fuß auf das nun ungepflügte Land zu setzen mochte, wurde er von dem Besitzer zu Boden geschleudert. Damit war das Signal zu einer allgemeinen Prügelei gegeben. Auf das Eingreifen des Diakons verließ der streitlustige Grundbesitzer den Kampfplatz mit den drohenden Worten: „Ich hole den Revolver und schleße alles nieder!“ So konnte, da diese Drohung gottlob nicht in die Tat umgesetzt wurde, nach heißem Kampf in scheinbarem Frieden die Totenfeier durchgeführt werden.

Hugenberger unter Anklage.

Ein Redakteur des „Tag“ verurteilt. — 600 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung des Preussischen Ministerpräsidenten.

Sob dem erweiterten Schöffengericht Berlin I fand am Donnerstag, dem 12. d. M., vormittags, unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Weper die Verhandlung über den Strafentwurf des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun gegen den verantwortlichen

Genosse Säger führte eine Reihe von Beispielen trasser Klassenjustiz aus Bayern an. Genosse Dr. Lewi brachte Hochverratsprozesse zur Sprache, in denen das Reichsgericht nicht unparteiisch gehandelt habe, darunter einen erschütternden Fall Gracht, in dem das Reichsgericht künstlich ein schweres Delikt konstruiert habe, so daß der Mann zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei. — Nur weil er sich unter falschem Namen in Berlin aufgehalten habe, um nicht vor das Münchener Volksgericht zu kommen.

Abg. Haas erklärte mit dürren Worten, daß in der Rechtsprechung des Reichsgerichts ein trasser Zwiespalt bei Prozessen gegen Kommunisten und Prozessen gegen Anhänger rechtsgerichteter Verbände herrsche.

Reichsgericht!

Leipzig, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Die Stadtverwaltung in Landsberg hatte bei einer Festlichkeit am 12. September 1926 in den Reichs- und Stadtfarben geflaggt. Ein Kaufmann Fritz Schulz hatte sich darüber lustig gemacht und die Fahnen als Rostrichflaggen bezeichnet. Er wurde zur Anzeige gebracht, jedoch vom Landgericht in Landsberg freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein. Obwohl der Reichsanwalt in dem Ausdruck „Rostrichflaggen“ eine schwere Verächtlichmachung der Reichsfarben erblickte und die Bestrafung des Angeklagten forderte, schloß sich der zweite Stroffantrag des Reichsgerichts dem Urteil der Vorinstanz an und verwarf die Revision.

Der gleiche Senat bestätigte aber das Urteil, das wegen Republikuhns gegen einen Kommunisten und zwar gegen den Zeichner Krüning aus Berlin von dem hiesigen Landgericht gefällt worden war. Krüning hatte im Juli 1927 eine „rote Fahne“ in das Schaufenster seines Vaters gehängt, worin eine Rotz enthalten war, die Hindenburg verächtlich machte. Diese Rotz hatte er groß angestrichen, damit sie gelesen wurde. Das Landgericht Berlin hatte Krüning wegen Vergehen nach § 8 des Republikuhnsgegesetzes zu 400 M. Geldstrafe verurteilt. Das Reichsgericht bestätigte die hohe Strafe und fand es ganz in Ordnung, daß nur Kommunisten wegen Republikuhnsgegehen bestraft werden, während die Völkischen frei ausgehen.

Redakteur des „Tag“, Rudolf Flemming, statt Ministerpräsident Braun hatte sich dem Strafentwurf als Nebenkläger angeschlossen und war durch Rechtsanwalt Landsberg vertreten.

Der Tatbestand war der folgende: In einem Artikel des „Tag“ vom 20. Mai 1927 war dem preussischen Ministerpräsidenten, der zur Wahrung der Interessen des preussischen Staates in Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung eingetreten war, vorgeworfen worden, daß er nicht im Interesse Preußens handle, sondern lediglich zugunsten beschränkter und eigensüchtiger Parteiklängen. Der Artikel sprach ferner vom „Querulantenium des Ministerpräsidenten“.

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Kürschner, führte aus, daß aus diesen Wendungen des Artikels den Lesern unbedingt der Eindruck vermittelt werden mußte, als ob der preussische Ministerpräsident unter Mißbrauch seines Amtes seinen Parteifreunden Vorteile zuschance. Es werde ihm also eine Verletzung seiner Amtspflichten zum Vorwurf gemacht. Gegen eine solche Behauptung müsse der Leiter der preussischen Staatsgeschäfte geschützt werden. Er beantragte deshalb eine Geldstrafe von 1000 Mark.

Rechtsanwalt Landsberg schloß sich zunächst diesen Ausführungen des Anklagevertreters an und ging sodann in einem ausführlichen Plädoyer auf eine große Reihe von Streitfragen zwischen Preußen und dem Reich ein, so auf die Biersteuerregelung zugunsten der süddeutschen Länder, den Fall Bracht, den Streit um den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft. Er wies an Hand eines lückenlosen Tatsachenmaterials nach, daß seine Rede davon sein könne, daß Ministerpräsident Braun eine einseitige sozialistische Politik zugunsten seiner Parteifreunde getrieben habe, sondern daß er im Rahmen der Gesamtpolitik der preussischen Koalitionsregierung Beschlüsse des Staatsministeriums ausgeführt habe. Auch bei der Ausführung dieser Beschlüsse und in der ganzen Art seines persönlichen Vorgehens habe er sich ausschließlich von der pflichtgemäßen Erkenntnis leiten lassen, daß er die Interessen des preussischen Staates ganz verantwortlich zu vertreten habe.

Nach halbstündiger Beratung verkündete das Gericht das Urteil, das den Angeklagten wegen fortgesetzter öffentlicher Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten zu 600 Mark Geldstrafe, oder im Nichtzahlungsfalle zu 1 Tag Gefängnis für je 50 Mark verurteilte. Dem preussischen Ministerpräsidenten wurde Publikationsbefugnis des Urteils im „Tag“, „Vorwärts“ und im „Berliner Tageblatt“ zugesprochen.

Marg' Charakterbild.

Gezeichnet im Lager Stegerwalds.

Der Rüssel, den der „Parteichef“ Marg seinem Fraktionskollegen aus dem Arbeiterlager Stegerwald vor der Öffentlichkeit des katholischen Lehrervereins erteilt, hat, wie vorzusehen war, bei den christlichen Gewerkschaften aufs peinlichste verchnupft. Ihr Organ, „Der Deutsche“, nimmt sich deshalb den Herrn Reichskanzler beim Rockknopf und hält ihm eine Standpaule, die bei aller Höflichkeit in der Form doch recht gefalzen im Inhalt ist. Der Bürgerblockkanzler bekommt zu hören:

Reichskanzler Marg hat sich beim Abfassen seines Briefes wohl nicht überlegt, daß er in seinem Brief eine Charakteristik von sich selbst und von seinem politischen Weltbild liefert, wie sie seine schärfsten Gegner bislang nicht ausgesprochen haben. Wenn eine Befoldungserhöhung, die 1½ Milliarden Mehrausgaben erfordert, vom Kabinett in ihrer Tragweite kaum sachlich durchgeprüft wird, wenn der Finanzminister diese Befoldungserhöhung in sensationeller Weise ankündigt, daß starke Bedenken, sowohl in bezug auf die Solidität unserer Finanzpolitik sowie auf die Fortsetzung einer vernünftigen Reparationspolitik, namentlich im Auslande entstehen müßten, so ist das onschönend in seiner Anschauung eine „sachliche“ und „begründete“ staatsmännische Leistung. Wenn einfache Arbeiter-Abgeordnete das, was das Kabinett verjäumt hat, in ihrer Kritik nachholen und die Tragweite dieser Befoldungserhöhung sowohl hinsichtlich der Interessen der Arbeiter wie auch der Gesamtheit überprüfen, so scheint der Herr Reichskanzler umgekehrt etwas „Unschlüssiges“ und „Unbegründetes“ zu sehen....

Wenn der Herr Reichskanzler ins Land ginge, so würde er feststellen können, daß nicht nur die Anschauungen der Gewerkschaftssekretäre um Stegerwald von den breiten Massen geteilt werden, sondern daß auch die Wirtschaft und selbst weißhaucende Beamte ebenso „unschlüssig“ über die „sachliche“ Politik des Reichskabinetts denken. Dem Herrn Reichskanzler dürfte Gelegenheit gegeben sein, in seinem eigenen Wahlkreis in dieser Richtung reichliche Erfahrungen zu sammeln....

Besonders über die vom Herrn Reichskanzler beliebten Ausdrücke „Stegerwald und einige Gewerkschaftssekretäre“ wird heute die Enttäuschung innerhalb der Zentrums-Arbeiterbewegung nicht mehr groß sein. Vielleicht erinnert sich aber der Herr Reichskanzler bei dieser Gelegenheit, welche Rolle diese „Gewerkschaftssekretäre“ für seine politische Tätigkeit vor dem Kriege und seine Berufung ins Kanzleramt sowohl wie in der für sie außerordentlich schwierigen Verteidigung seiner Politik im Jahre 1924 gespielt haben.

Vielleicht erinnert sich...? Aber nein! Wenn der Herr Reichskanzler sich erinnern wollte, würde er zunächst darauf stehen, daß er einmal republikanischer Kandidat bei der Präsidentschaftswahl gewesen ist, daß er freudig bewegt die Arbeit des Reichsbanners für seine Wahl erlebte, daß er zu jener Zeit als „Jesuit“ von seinen heutigen Blodgenossen beschimpft wurde, der „ganz Deutschland katholisch machen“ wollte.

Erinnern...? Man soll Herrn Marg nicht erinnern. Er hat immer noch keine Zeit gefunden, die Ehrenerklärung für Tressow abzugeben, die er schuldig ist. Er wird sich hüten, Stegerwald und die Gewerkschaftssekretäre anders zu behandeln. Er ist heute der Kanzler des Bestbürgerblocks und Westarp regiert die Stunde!

Zentrum am Scheidewege.

Bayerische Volkspartei gegen Guérard und Republik — für Marg und Monarchie.

München, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Auf das republikanische Bekenntnis des Zentrumsführers Guérard auf dem Pfälzischen Parteitag des Zentrums am Donnerstag den 10. Januar hat die Bayerische Volkspartei durch ihre Korrespondenz:

„Es hat keinen Sinn,“ so wird offiziell erklärt, zu verschweigen, daß die Bemerkungen Guérards über seine Auffassung des Berufstätigen der Zentrumspartei zur Frage der Staatsform im Lager der Bayerischen Volkspartei außerordentlich peinlich berührt haben. Selbstverständlich steht es bei der durch das Regensburger Abkommen in keiner Weise berührten Selbstständigkeit der beiden Parteien keinem der beiden Teile zu, sich gegenseitig Vorwürfen zu machen.

Die Behauptung Guérards aber, die deutsche Zentrumspartei sei eine republikanische Partei, steht mit der Feststellung des Reichskanzlers Marg, daß die Zentrumspartei eine Verfassungspartei sei, in unversöhnlichem Widerspruch.

Guérard ist aber noch einen Schritt weiter gegangen, indem er die höchst unglückselige Redewendung gebraucht, es müsse von Zentrumspartei an der Bayerischen Volkspartei noch Erziehungsarbeit in staatspolitischer Hinsicht geleistet werden, und die Bayerische Volkspartei müßte auf die staatspolitischen Auffassungen des Zentrums gebracht werden. Herr v. Guérard tritt sich im Erziehungsobjekt, die Bayerische Volkspartei ist in dieser Beziehung vollkommen erzogen. Sie hat nichts hinzuzulernen, sie steht auf dem Boden des allein staatspolitischen Zentrumsgrundgesetzes, wie ihn Reichskanzler Marg klar zu betonen für nötig befunden hat, weil es darüber an mangelnder Klarheit im Zentrumslager zu sehen scheint.

Niemals wird die Bayerische Volkspartei eine republikanische Partei werden,

sie denkt nicht daran, die Partei in Gefahren zu bringen, die ihr Wesen als Weltanschauungspartei gefährden könnten.

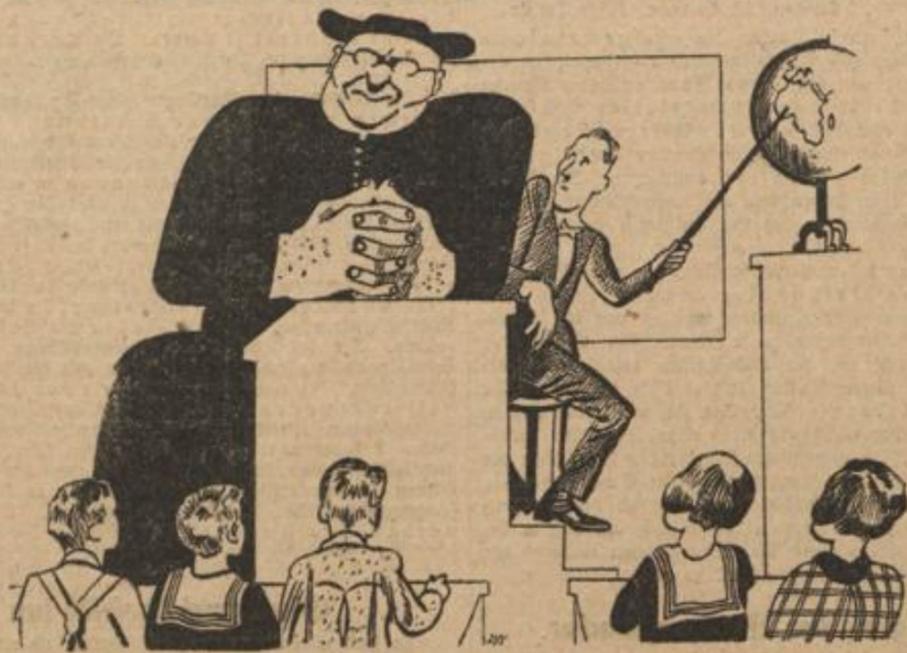
„Es ist bedauerlich“ — so schloß die Korrespondenz — „daß in diesen so grundlegenden Fragen in der deutschen Zentrumspartei so differenzierte Auffassungen sich geltend machen. Es ist ja dies leider nicht die einzige Frage, über die keine Übereinstimmung besteht.“

Diese Erklärung ist erfreulich eindeutig! Es ist kein Zweifel mehr, daß eine „Verfassungspartei“, die laut erklärt, daß sie niemals eine republikanische Partei sein werde, aber dabei die Möglichkeit offen läßt, daß sie einst eine offene monarchische Partei sein werde, heute schon eine Partei gegen die Republik ist.

Herr Marg aber will dem Zentrum den gleichen Stempel aufdrücken!

Berufung gegen das Streicher-Urteil. Die Oberstaatsanwaltschaft in Nürnberg hat gegen das Urteil gegen Streicher Berufung eingelegt. Die Einlegung der Berufung erfolgte, weil die Disziplinarkammer dem Antrag des Oberstaatsanwalts, auf Dienstentlassung Streichers zu erkennen, nicht stattgegeben hat.

Das Schulkompromiß des Bürgerblocks!



Die Geistlichkeit erhält ein Aufsichtsrecht — aber im übrigen bleibt die Stellung des Lehrers gänzlich ungeschmälert!

Unentwegt gegen die Mieter.

Schutz den Inflationsgewinnern und Schiebern.

Die Beratung des Wohnungsausschusses des Reichstags wurde gestern fortgesetzt. Beschlossen wurde eine Verschärfung des Gesetzes dahin, wenn der Mieter zwar keinen Widerspruch gegen die Kündigung erhebt, aber mit dem Vermieter einen Räumungstermin vereinbart, dann der Räumungsbefehl von Amts wegen erlassen werden soll. Das Parteiverfahren wird hier zum Offizialverfahren erhoben. Wenn der Mieter die Räumungstermin zwar vereinbart hat, aber die zugesagte Wohnung nicht erhält, sibt er obdachlos auf der Straße.

Der in der ersten Lesung durch Zufall abgelehnte § 1 wurde wieder hergestellt. Er lautet:

„Des Nachweises einer Bollmacht bedarf es nicht, wenn für den Vermieter die Anordnung der Zustellung eines Kündigungsschreibens nachgesucht oder für den Mieter Widerspruch gegen die Kündigung erhoben wird.“

Nach § 2 des Mieterchutzgesetzes kann die Kündigung wegen erheblicher Belästigung des Vermieters usw. erfolgen. Die von den Sozialdemokraten beantragte Einschaltung, daß wiederholter Verzug des Mieters mit der Mietzahlung keine erhebliche Belästigung sein soll, wurde abgelehnt. Ebenso wurde das Verlangen, die Kündigung bei Veränderung der Rechtsform einer Gesellschaft nicht zuzulassen, wenn der Vermieter nicht geschädigt wird, abgelehnt.

Bei § 4 des Mieterchutzgesetzes (Kündigung, weil der Vermieter die Räume braucht) versuchten die Sozialdemokraten den bildenden Künstlern durch einen entsprechenden Zusatzantrag beizuhelfen. Der Bürgerblock hat zwar schöne Worte für die Künstler, wo er aber praktisch für sie wirken soll, verweigert er. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Im Vorjahr war eine Bestimmung im § 4 aufgenommen worden, die verhindern sollte, daß Inflationsgewinner und Schieber Gewerbetreibende durch Hauskauf und Heraustragen aus den Mieträumen wirtschaftlich ruinieren und sich ihre Lebensarbeit aneignen könnten. In der ersten Lesung hatten die Sozialdemokraten diesen Satz in Abs. 1 des § 4 gestrichen. Die Sozialdemokraten beantragten Wiederherstellung der Gesetzesvorschrift. Der Antrag wurde abgelehnt. Damit enthielten die Sozialdemokraten ihre Absicht: Lockerung des Mieterchutzes zugunsten der Kapitalisten und Schieber.

In dem gestern morgen veröffentlichten Bericht aus dem Wohnungsausschuss muß es statt Ministerialdirektor Abegg Ministerialdirektor Degg heißen.

Der Fälscherpion.

Er spezialisierte 1926 mit einem Poleneinsatz.

Leipzig, 12. Januar.

Der Angeklagte Schred bleibt auch heute bei seinen gestrigen Angaben. Vorl. (sehr ernst): Ich will hier keine mittelalterliche Tortur veranstalten, aber bedenken Sie, wieviel objektive Beweise bereits vorliegen. Es ist eine Reihe von Urkunden bei Ihnen gefunden worden, die nachgewiesenermaßen eine Zeitung in anderen Händen waren und dort fotografiert worden sind. Diese Photographien sind dann an verschiedenen Stellen in Deutschland aufgetaucht, denn die polnische Delegation hat die Bilder bei den Genfer Verhandlungen in der Hand gehabt, während der französische Vertreter von dieser Sache stark abgerückt ist. Es besteht der Verdacht, daß Sie die Schriftstücke an Polen verkauft haben. Vielleicht kommt noch ein weiterer sehr wichtiger Beweis hinzu, den ich jetzt noch nicht mitteilen kann, weil dazu die Genehmigung einer sehr hohen Reichsstelle erst eintreffen muß. Wird sie erteilt, dann schließt sich der Kreis.

Auf weitere Vorhalte des Vorsitzenden gab der Angeklagte zu, daß er keineswegs, wie er zuerst behauptet habe, eine ganze Folge von 23 Denkschriften unter dem Titel „Probleme der Landesverteidigung“ verfaßt, sondern nur vier Denkschriften im November und Dezember 1924 angefertigt habe und zwar: 1. „Die zukünftige Bewaffnung des deutschen Heeres“ von Major Ritter und Eder von Kraschew, 2. „Die Verwendung von Mannschaften der nationalen Verbände zur Landesverteidigung“ von Oberleutnant von Bonin, 3. „Die Reorganisation der deutschen Heeres“ von Major Bod von Wülfingen, 4. „Deutsche Politik und Landesverteidigung“ von Oberleutnant von Schleicher.

Als der Angeklagte weiter auseinanderlegte, wie er die „Stelle zur Errichtung der Diktatur“ mit seinen Freunden verfaßt habe, um die „Vermittlungsstelle der nationalen Verbände“ zwecks Zusammenfassung der Organisation ins Leben zu rufen, hielt ihm der Vorsitzende vor: Wie wollten Sie denn die Verbände zusammenfassen, wo Sie doch keinerlei finanziellen Rückhalt hatten? Sie waren doch ein Konsortium von Arbeits- und Vermögenslosen. Außerdem war die politische Konstellation für einen solchen Zusammenschluß nicht gerade sehr einleuchtend.

Angell: Wir wollten zunächst mit den kleinen Verbänden anfangen, wie Bismard-Bund und Reichsflagge. Die angefertigten Dokumente haben wir zunächst verwendet, dann haben wir sie unseren Geldgebern vorgelegt, ich selbst habe sie aber nie aus der Hand gegeben.

Vorl.: Wie sind Sie denn dazu gekommen, noch die Protokolle der vaterländischen Verbände anzufertigen?

Angell: Weil unsere Geldgeber die Denkschriften anzusehen und ich sie besser glaubhaft machen wollte.

Vorl.: Wie erklären Sie nun, daß diese Protokolle noch einen anderen Weg genommen haben, der ins Ausland geführt hat?

Angell: Das kann ich natürlich nur vermuten. Ich habe jedenfalls nichts dazu getan. Aber schließlich ist doch Huleba tatsächlich zu den Franzosen gegangen, Pröllner hatte eine Rumänin zur Frau, und Albert und Stoll waren ebenfalls im Besitz der Dokumente.

Vorl.: Auf jeden Fall sind die Photographien der Dokumente aus einem bestimmten Grund zu einer bestimmten Zeit, nämlich im Frühjahr 1926, aufgetaucht, als Sie schon ein halbes Jahr in Untersuchungshaft saßen. Wenn Sie selbst meinen, daß Frankreich nicht in Frage komme, dann bleibt nur Polen übrig. Die Aufzeichnung der Dokumente weist ja auch auf einen Krieg mit Polen hin.

Angell (überlegen lächelnd): Wir haben einen Teil des Materials deshalb auf Polen zugeschnitten, weil mit diesem Staat immer noch die meisten Differenzen bestehen, und wir brauchen die sogenannten Redenurkunden, um die Bewohner von Schlesien usw. zu überzeugen, daß schon etwas im Gange sei. Aus diesem Grunde fingierten wir ein Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Warschau an das Reichswehrministerium über Truppenverschiebungen in Polen.

Der Vorsitzende ging dann weiter mit dem Angeklagten noch einmal seine früheren Aussagen durch und machte ihn auf die Widersprüche zu seiner heutigen Darstellung aufmerksam. Auf eine Reihe unwesentlicher Zeugen wurde verzichtet und die Verhandlung auf Freitag früh 9 Uhr verlagert.

Litauen und Wilna.

Der Standpunkt der litauischen Sozialdemokraten.

Warschau, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Der Führer der litauischen Sozialdemokratischen Partei, Stefan Raitys, erklärte dem Vertreter der „Polnischen Telegraphenagentur“ in Rom, daß die litauische öffentliche Meinung die Zuerkennung Wilnas an Litauen als eine grundsätzliche Bedingung für die Aufnahme irgendwelcher Beziehungen mit Polen verlange. Auch die litauischen Sozialdemokraten hätten auf Wilna nicht verzichtet, sondern verlangter die Erledigung dieser Frage auf dem Wege der Volksbefragung. Sie widerlegten sich aber nicht dem Beginn normaler wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zu Polen. Diese Beziehungen würden aber bis zur Lösung der Wilnafrage keine freundschaftlichen sein können.

Raitys fuhr fort: Die litauischen Sozialdemokraten werden in Litauen verfolgt und durch Verleumdungen in ihrer Tätigkeit gehemmt. Sie haben keinerlei Einfluß auf die jetzige Diktaturregierung. Die Verständigungsaussichten zwischen Litauen und Polen wären bedeutend größer, wenn in Litauen parlamentarische Zustände beständen. Von der gegenwärtigen Regierung, für die die Parole gilt,

„Litauen mit Wilna oder gar kein Litauen!“ ist hängen eine Verständigung mit Polen nicht zu erwarten.

Hierzu schreibt das hiesige BPS-Organ „Koboini“, daß ein Versuch, den polnisch-litauischen Abgrund restlos zu überbrücken, mißlingen müsse, weil die militärischen Kreise, auf die sich Bismardmas stütze, an dem Fortbestand des Konfliktes interessiert seien, da eine Verständigung zwischen Warschau und Romna einen Sieg der Demokratie und einen Schlag gegen die Diktatur bedeuten würde. Aus diesem Grunde hätten die polnischen Sozialisten vorerst Minimalforderungen aufgestellt hinsichtlich der Aufnahme normaler diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen, sowie des Abschlusses eines Handelsvertrages.

Der lettische Bürgerblock.

Mit Einschluß der Deutsch-Balten.

Riga, 12. Januar.

Die Verhandlungen über die Beilegung der Regierungskrisis haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Staatspräsident den Abgeordneten Jurashewski (Demokr. Zentrum) mit der Ministerpräsidentenschaft betraut hat. Der Regierung gehören weiter an vier Mitglieder der Rechtspartei, darunter der Deutsch-Balte Wagnus als Justizminister, zwei Zentrumsteute und ein Lettgoller. Drei Posten, und zwar Auswärtiges, Verteidigung und Finanzen, werden von parteilosen Sachverständigen besetzt. Außenminister wird voraussichtlich der Gesandte in Romna, Salodis.

Die englischen Verhandlungen.

Erste gemeinsame Sitzung.

London, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag fand in London die erste gemeinsame Sitzung zwischen dem vollständigen Generatrat der britischen Gewerkschaften und einer von Sir Alfred Mond geführten Gruppe einflussreicher britischer Industrieller statt. Die Sitzung wurde durch eine Ansprache Sir Alfred Monds im Namen der Unternehmer eingeleitet, worauf der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften antwortete. Die Konferenz trat hierauf in eine Besprechung der Tagesordnung und der Methode ein, die bei Beratung der wirtschaftlichen Probleme angewandt werden soll.

Der Generatrat der Gewerkschaften, der vor Beginn der Tagung eine dreistündige Sitzung abhielt, wird in den nächsten Tagen zusammentreten, um das von den Unternehmern eingereichte Programm zu erörtern. Vor Beginn der gemeinsamen Aussprache mit den Industriellen betonte der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften, daß er diese Konferenz für das wichtigste Ereignis halte, das sich seit vielen Jahren im wirtschaftlichen Leben Großbritanniens abgespielt habe. Er erklärte die Opposition habe diese gemeinsame Besprechung im Schoße des Generatrats lediglich bei dem Bergarbeiterführer Coal gefunden, der seit dem letzten Gewerkschaftskongress Mitglied des Generatrats sei. Coal kündigte vor Beginn der Sitzung an, daß er beabsichtige, keiner Opposition gegen die Besprechungen während der Sitzung selbst in drastischer Art Ausdruck zu geben.

Lohnbewegung der Werkzeugmacher.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, verhandelte mit dem BHM über eine Erhöhung der Löhne der Werkzeugmacher und über die Abschaffung des Akkordsystems bei der Herstellung komplizierter Werkzeuge. Die Vertreter des BHM erklärten, das Akkordsystem habe sich gerade bei diesen Arbeiten sehr gut bewährt und es sei nicht möglich, die Akkordarbeit zu beseitigen. Die Vertreter des DMB behaupteten das Gegenteil. Das Akkordsystem habe sich im Schnittbau und im komplizierten Lehrenbau nicht bewährt und könne deshalb unmöglich aufrecht erhalten werden. Zudem sei das Akkordsystem auch mit den Bestimmungen des Rahmenabkommens unvereinbar, wonach bei der Ausgabe des Arbeitsauftrages der Lohnzeitpunkt übermittelbar werden muß, was bei diesen Arbeiten jedoch nicht geschieht.

Zur Prüfung der vom Metallarbeiterverband hierzu vorgebrachten Beschwerde wurde eine beiderseitige Kommission bestellt, die die Dinge an Ort und Stelle untersuchen soll.

Die weiteren Verhandlungen wurden deshalb bis Ende nächster Woche vertagt.

Wer tritt für die Sozialangestellten ein?

Neben den im Beamtenverhältnis tätigen Fürsorgerinnen und Fürsorgern gibt es eine erhebliche Anzahl von Fürsorgekräften, besonders in den Diensten der Stadtgemeinde Berlin, die als Angestellte tätig sind. Diese Fürsorgekräften und Fürsorger wurden bis zum 31. Juli 1927 in Berlin zwar nach den für die Verwaltungsangestellten tarifvertraglich vereinbarten Sätzen entlohnt; aber erst seit dem 1. August 1927 ist es dem Zentralverband der Angestellten gelungen, den für die Verwaltungsangestellten der Stadt Berlin geltenden Tarifvertrag auch auf die Fürsorgerinnen und Fürsorger auf Grund einer Vereinbarung mit dem Magistrat auszudehnen.

Da die Entlohnung der auf Privatdienstvertrag Beschäftigten zum Teil abhängig ist von der Eingruppierung der beamteten Beschäftigten, hat der Zentralverband der Angestellten bei der Beratung der Berliner städtischen Befoldungsordnung auf die Stadtorordnetenversammlung eingewirkt, daß die Fürsorgerin die ihrer Tätigkeit entsprechenden Befoldungsgruppe eingereiht werden. Die Verhandlungen über die Aufstellung der Angestelltengehälter mit der Stadt finden in Kürze statt.

Der Vorschlag des Magistrats, einen Unterschied zu machen zwischen mit und ohne Anerkennung und Hilfsfürsorgern mit und ohne Anerkennung wird vom Zentralverband der Angestellten abgelehnt werden, da die Angestellten auf Grund ihrer Tätigkeit und Leistungen zu entlohnen sind. Bei der Berechnung dieser Forderung ist aber die Frage aufzuwerfen, welche Organisation für die im Angestelltenverhältnis tätigen Fürsorgekräfte als Interessenvertretung in Frage kommt, eine kleine Sonderorganisation, die ausschließlich Beamteninteressen wahrnimmt oder die maßgebende freigewerkschaftliche Angestelltenorganisation, die die Interessen aller Angestelltengruppen, also auch die der Sozialangestellten, vertritt. Die tariflichen und arbeitsrechtlichen Forderungen der Sozialangestellten sind die gleichen wie die der übrigen Angestellten. Nur gemeinsam mit den übrigen Angestellten können die berechtigten Forderungen der Sozialangestellten vertreten werden. Nicht mit Rücksicht auf die unzutreffenden Behauptungen enthalten, ist den Interessen der Sozialangestellten dienlich, sondern die Forderungen der Sozialangestellten können nur verwirklicht werden, wenn die in Betracht kommende freigewerkschaftliche Angestelltenorganisation, der Zentralverband der Angestellten, sich für die berufs- und wirtschaftlichen Interessen der Sozialangestellten einsetzt.

Wenn zwei daselbe tun . . .

Zu dem Streik in den Wurstfabriken ist noch etwas nachzutragen. Nach den Verhandlungen am Montag, wo der Vorschlag des Schlichters, außer den 7 Pf. Lohnerhöhung ab 1. Januar 1928 eine weitere Lohnerhöhung von 3 Pf. ab 1. April 1928 eintreten zu lassen, von den Unternehmern kurzerhand abgelehnt worden war, berichtete die „Rote Fahne“, daß der Vorschlag von den Arbeitern abgelehnt worden sei und daß eine Festlegung bis Ende Dezember gar nicht in Frage kommen könne. Das Stalin-Blatt wies geradezu mit beiden Händen auf diesen „sozialdemokratischen Schlichtungsschwindel“ hin. Als am Dienstag nun doch die Einigung erfolgte, und zwar auf einer Grundlage, die nicht unwesentlich ungünstiger ist als der erste Vorschlag des Schlichters, was tat da die „Rote Fahne“? Sie war natürlich aufs höchste entrüstet? Brandmarkte sie den „sozialdemokratischen Verrat“?

Gott bewahre! Die „Rote Fahne“ erklärte den Ausgang der Schlichtungsverhandlungen als einen gewerkschaftlichen Erfolg! Wir wissen nicht, wie der gewöhnliche Leser des Stalin-Blattes sich diese absonderliche Haltung, die nicht nur allen gebilligten Traditionen der Kommunisten, sondern auch dem widerspricht, was die „Rote Fahne“ noch tags zuvor geschrieben hatte, zurecht gelegt hat. Für unsere Leser wollen wir das Geheimnis lüften. Die Streikleitung, die der Vereinbarung vor dem Schlichter zugestimmt hat, bestand aus wackelhaften Kommunisten. Diese Kommunisten haben, ohne die Mitglieder, zu befragen, den Streik abgewürgt. Sie haben die Löhne bis zum Jahreschluss festgelegt. Aber kein kommunistisches Verdammungsurteil trifft sie. Sie sind „erfolgreich“. Woraus man sehen kann, daß die „Rote Fahne“ auch mit den Gewerkschaftsbonzen durch die und dünn gehen, den Schlichtungsschwindel als angenehme Beigabe betrachten kann, vorausgesetzt, diese Gewerkschaftsbonzen sind Kommunisten.

Schiedspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie

Magdeburg, 12. Januar.

Die Spruchkammer hat in Magdeburg für die mitteldeutsche Metallindustrie einen Schiedspruch gefällt, wonach der Spitzenlohn für Facharbeiter 78 Reichspfennige, für angelernte Arbeiter 72, für ungelernete 65 Reichspfennige beträgt. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Die Auszahlungssätze für Monteure erhöhen sich um 8 Proz. Die Gleitzeitzulage erhöht sich um 10 Proz. Für Inhalt wird eine Sonderregelung getroffen. Dieses Abkommen tritt am 15. Januar 1928 in Kraft und ist mit einer Frist von 14 Tagen kündbar, erstmals zum 29. September 1928.

Die Parteien haben eine Erklärungsfrist bis Mittwoch, den 18. Januar 1928, 16 Uhr, erhalten.

Schiedspruch im Lohnstreit bei den Heinkel-Werken.

Rostock, 12. Januar.

In dem Lohnstreit zwischen der Leitung der Heinkel-Flugzeugwerke Warnemünde und der Belegschaft wurde vom Schlichter ein Schiedspruch gefällt, zu dem sich die Parteien bis zum Sonnabend, dem 14. Januar, 12 Uhr, zu äußern haben, widrigenfalls der Spruch als abgelehnt gilt, wonach alsdann die Verbindlichkeitsklärung durch den Schlichter für Medlenburg-Schwerin zu erfolgen hätte.

Der Schiedspruch sieht für die Facharbeiter der Heinkel-Flugzeugwerke Warnemünde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfennige bis zum 30. Juni 1928 und um einen weiteren Pfennig bis zum 30. September 1928 vor. Die Arbeit soll als durch den Streik nicht unterbrochen gelten. Die noch im Zustand befindliche Belegschaft ist zur Hälfte während der nächsten zwei Wochen, zur anderen Hälfte im Laufe der folgenden zwei Wochen wieder einzustellen.

Schiedspruch für die Danziger Hafenarbeiter.

Der Schlichtungsausschuß, der sich bereits einmal mit den Lohnstreitigkeiten zwischen der Gewerkschaft der Hafenarbeiter und dem Hafenbetriebsverein befaßt hatte, hat nunmehr einen Schiedspruch gefällt, durch den der Lohn der Hafenarbeiter pro Tag von 10,20 auf 10,60 Gulden für die Zeit vom 23. Januar bis 1. Juni 1928 erhöht wird. Am Montag werden die Hafenarbeiter über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches beschließen.

Freie Gewerkschaftsjugend, Groß-Berlin. Deuts. Freitag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Brennstofflager:** Gruppenheim Jugendheim Landwehr, 11, Lär Koblenstraße. **Städtischer Abend:** „Reißer, Kamin.“ **Schweine:** Gruppenheim Jugendheim Reuterstr. 2 (Foster Saal). **Vertrag:** Jugend und fernere Fragen. **Wohlfühl:** Gruppenheim Stadtbad Wedding, Gerichtstraße 6/6a. **Vertrag:** „Wie lebt, denkt und fühlt die proletarische Jugend in Stadt und Land?“ **Katholik:** Gruppenheim Jugendheim Berlin-Hagenstr. 10. **Aus den Reihen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.** **Spezialtag:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim Duxener Ecke Seestraße. **Aeben in Silber - Schmelze in Gold:** Die Studenten unserer Arbeiter-Hochschule haben das Wort. **Kinderarbeit:** Gruppenheim Jugendheim Oberbaumarkt, 2. **Disziplinieren:** „Betriebs- und Berufsausschüsse.“ **Wohlfühl:** Jugendheim Schöneberg, 3. **Wir gehen zum Sonntag:** „Gemeinsame Fragen“ in der Gruppe Schöneberg. **Wohlfühl:** Jugendheim Jugendheim Oberbaumarkt, 10. **Regen des 3. Januar:** „Jugendpolitik.“ **Wohlfühl:** Turnhalle der Schule Reuterstr. 29.

Jugendgruppe des DMB. Deuts. Freitag, 19½ Uhr, haben folgende Veranstaltungen statt: **Bezir. Lichtberg:** Belegungsraum des Realgymnasiums Carl-ane 12. **Wir lesen aus Zeitungen und Zeitchriften.** **Bezir. Schöneberg:** Jugendheim Welfen-Allianz-Str. 7/10. **Vertrag:** „Der soziale Wohlstand Wiens“ (Wohlfühl).

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geuer; Schriftföhrer: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: R. A. Köhler; Colofone und Sonstiges: Freie Arbeiter-Verlag, Berlin. Druck: Formdruks-Druckverlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 3. **Stier 2** Belegungen, **Unterhaltung und Wissen** und **„Stiebelange“**.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise soweit Vorrat; Fleisch, Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Fische

Dorsche Pfund 10 Pf.	Makrelen-Bücklinge 40 Pf.
Schellfische . . . Pfund 22 Pf.	Dorsch geräucher., Pfund 44 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, 30 Pf.	Seelachs geräucher., Pfund 46 Pf.
ganzt. Fische, Pf. ganz. Fische, Pf.	Rogen ger. Pfund 52 Pf.
Rotbars ohne Kopf, Pf. 30 Pf.	Räucher-Aale Bund 40 Pf.
Fischfilet Pfund 44 Pf.	Fettbücklinge Pfund 55 Pf.
Leb. Karpfen Pfund 75 Pf. an	

Butter u. Käse

Molkereibutter . Pfund 1.76	Holländer u. Edamer 78 Pf.
Tafelbutter Pfund 1.86 1.90	Steinbuscher Pfund 82 Pf.
Margarine Pfund 50, 58 Pf.	Steinbuscher vollf., Pfund 95 Pf.
Speisetalg 1-Pfd.-Paket 50 Pf.	Gouda ölnischer Pfund 75 Pf.
Kosofett 1-Pfund-Teil 55 Pf.	Tilsiter vollfett, Pfund 95 Pf. 1.10
Limburger Pfund 46 Pf.	Schweizer ölnisch., Pfund 98 Pf.
Allgäuer Pfund 52 Pf.	Cremerkäse vollfett, Pfund 1.25

Konserven

Br.-u. Schnittbohne, I. 74 Pf.	Mirabellen ¼ D. 68 Pf. 1.20
Haricots verts extra fein 1.95	Preiselbeeren ¼ 68 Pf. 1.20
Junge Erbsen 78 Pf.	Erdbeeren ¼ Dose 85 Pf. 1.55
Junge Erbsen mittelfein 93 Pf.	Pflirsiche kalt ölnische 1.85
Kaiserschoten 1.67	Brat.-u. Bismarckheringe,
Pfefferlinge I. 95 Pf.	Heringe in Gelee, 85 Pf.
Sellerie in Scheiben . . 93 Pf.	Rollmops 2 Pfund-Dose
Apfelmus 56 Pf. I 65 Pf.	Kronsardinen 95 Pf.
Pflaumen mit Stein . . 65 Pf.	Flußlachs in Gelee

Konfitüren, 2 Pfund-Eimer

Pflaumen 95 Pf.	Aprikosen 1.10	Orangen 1.10
Johannisbeeren 1.20	Kirschen, Erdbeeren 1.35	

Obst u. Gemüse

Kochäpfel Pfund 10 Pf.	Kohlrüben Pfund 5 Pf.
Kochbirnen große, Pfund 14 Pf.	Mohrrüben gewasch., Pfund 8 Pf.
Amorettenbirnen, Pfund 14 Pf.	Weißkohl Pfund 8 Pf.
Goldrenetten Pfund 24 Pf.	Rot- u. Wirsingkohl 16 Pf.
Mandarinen Pfund 26 Pf.	Sellerie Pfund 18 Pf. u. 28 Pf.
Apfelsinen 35, 50, 75 Pf.	Blumenkohl Kopf 18 u. 30 Pf.
Ananas Pfund von 85 Pf. an	Rosenkohl holländ., Pfund 32 Pf.

Wurstwaren

Hannov. Rotwurst Pfund 90 Pf.	Jagdwurst Pfund 1.45
Landleberwurst Pfund 1.20	Mettwurst Braunschweig, Pfund 1.45
Dampfwurst Pfund 1.20	Leberwurst selbe, Pfund 1.70
Speck fett, Pfund 1.20 mager 1.30	Teewurst Pfund 1.70
Schinkenspeck 1.45, fett 1.40	Zerelat u. Salami
Filetwurst Pfund 1.45	holsteinische, Pfund 1.70
Schinkenpolnische Pfund 1.45	hannoversche, Pfund 1.90

Wein

Preise für ¼ Flasche ohne Glas

Feiner Fruchtwein Johannisbeerwein, rot oder weiß, und Stachelbeerwein	95 Pf.
San Antonio milder Rotwein	1.05
1921 Gundersheimer Berg gehaltvoll rhein. Rotwein	1.30
1924 Ebernburger Berg kräftiger Pfälzwein	1.40
1926 Niersteiner sehr guter Tischwein	1.50
1921 Mettenheimer Michelsberg feiner rheinischer Naturwein	1.60
1921 Trittenheimer Falkenberg Wachstum Roter	1.80
1926 Randersackerer Berg kräftiger Frankenwein im Bockbeutel	1.90
1920 Forster Schnepfenflug Wachstum Wintzerwein sehr blumiger Pfälzer	2 M
Malaga Golden oder Dunkelbraun	1.50
Portwein „Medium Tawny“ oder Sherry Imperator	2.75
Deutscher Weinbrand „Klosterbrand“	3.70
Tarragona Spezial vom Faß Liter	1.40

Frisches Fleisch

Schweinebauch und Rücken Pfund 80 Pf.
Schweineschinken Kamm u. Blatt Pfund 85 Pf.
Kalbskamm Brust u. Rücken . Pfund 75 Pf.
Kalbskeule ganz u. gefüllt . . . Pfund 90 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfund 85 Pf.
Schmorfleisch und Keilbeef mit Knochen Pfund 90 Pf.
Hammelvorderfleisch Pfund 88 Pf.
Kabler, Speer u. Kamm Pfund 105
Liesen Pfund 72 Pf. Gehacktes Pfund 75 Pf.

Prima Gefrierfleisch

Kamm u. Brust Pfund 58 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen . . Pfund 70 Pf.
Hammelfleisch Dicke Rippe u. Brust Pfund 70 Pf.
Hammelfleisch Pfund 75 Pf.
Kuheuter Pfund 28 Pf.
Herzen Pfund 55 Pf.

Geflügel u. Wild

Gänse getrockn. Pfund 58, 70, 80 Pf.
Suppenhühner Pfund 1 M an
Puilen Pfund 103 120
Schneehühner Stück 183
Hirschb. ätter Pfund 75 Pf.
Hasen getrockn. u. ausgeworfen, Pfund 88 Pf. an
Rehblätter Pfund 113 125

Bosn. Pflaumen Pfund 35, 25 Pf.
Gem. Backobst 44, 65 Pf. Schnittnudeln Pfund 45 Pf.
Makkaroni Pfund 45 Pf. Haferflocken Pfund 25 Pf.
Gebrannt. Kaffee ein. Bäckerei Pfund von 2.30

Inventur-Ausverkauf

Beginn 2. Januar

Morgen letzter Tag

Explosionsdebatte im Stadtparlament.

Über die Ursachen noch keine sicheren Feststellungen.

Die erste Stadtkonferenz im neuen Jahre wurde sogleich zu einer reichlich benehmenen Dauer Sitzung, weil die Neuwahl des Vorstandes vier zeitraubende Zettelwahlen erforderte und noch der Antrag wegen der Explosionskatastrophen eine sehr eingehende Erörterung fand. Bei der Vorstandswahl kamen die Kommunisten diesmal aus ihrem Schmalwinkel heraus und machten keine Einwendungen gegen die Wahl unseres Genossen Hof zum Vorsteher, die im übrigen auch ohne sie gesichert war. Genosse Hof wurde mit einer sehr stattlichen Stimmenzahl, mit 174 Stimmen bei 16 unbeschriebenen Zetteln, zum Vorsteher wiedergewählt. Hiernach konnte dem Verlangen der Kommunisten, gleichfalls im Vorstand vertreten zu sein, entsprochen werden. Dieses Verlangen war ein Bekenntnis zu den Grundsätzen der Demokratie, aber die Kommunisten wollten nur halbe Demokraten sein und erklärten, daß sie überhaupt keinem Bürgerlichen ihre Stimme geben würden. Sie mußten es sich dann gefallen lassen, daß ganz nach den Grundwahlen der Demokratie verfahren und in den Vorsteherstellvertreterwahlen die großen Fraktionen nach ihrer Stärke berücksichtigt wurden, wobei den Kommunisten der Posten des zweiten Vorsteherstellvertreter zuziel. Die Erörterung der Explosionen brachte noch keine Klärung der Ursachen. Für die sozialdemokratische Fraktion, von der die an den Magistrat gerichtete Anfrage ausgegangen war (sie wurde von allen anderen Fraktionen mitunterzeichnet) sprach unser Genosse Döhner. Er betonte die Notwendigkeit, alles zur Verhütung solcher entsetzlichen Katastrophen zu tun, und forderte namentlich für die schwer Geschädigten des Hauses an der Vandsberger Allee weitestgehende Hilfe. Die Antwort des Bürgermeisters Scholz ließ erkennen, daß bisher das Bezirksamt und der Magistrat alles getan haben, was sich zunächst tun ließ. Hoffentlich gelingt es, auch noch die Ursache der Explosion zu ermitteln. Rühmend wurde die opfervolle Tätigkeit der Feuerwehr und der Polizei hervorgehoben.

Die gestern abgehaltene erste Sitzung der Stadtkonferenz im neuen Jahre eröffnete der Vorsteher, Genosse Hof, mit einem Gedankwort auf die beiden großen Explosionsunglücke, die Berlin in den letzten Tagen erleben mußte. Als die Aufgabe der Stadtkonferenz bezeichnete es der Vorsteher, den Opfern zu helfen, die Ursachen der Explosionen zu erforschen und für die Zukunft vorbeugende Maßnahmen zu beschließen. Die Versammlung ehrte das Andenken der Umgekommenen durch Erheben von den Plätzen. Dann wandten sich die Stadtkonferenzmitglieder

Wahl des Vorstandes

zu. Genosse Czerninski schlug vor, den bisherigen Vorsteher, Genossen Hof, wiederzuwählen. Stadtkonferenzmitglied Schwank (KPD.) meinte, daß seine Fraktion immer noch der Meinung sei, daß den Mehrheitsverhältnissen in der Versammlung entsprechend, die Sitze allen den Vorstand zu belegen hätte. Die Sozialdemokraten müßten sich dieser Meinung anschließen, da sie ja überall den Kampf gegen den Bürgerblock führen, also in der Stadtkonferenzversammlung keinen Bürgerlichen in den Vorstand wählen dürften. Jedemfalls seien die Kommunisten willens, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die von links vorgeschlagen werden. — Obwohl nur Genosse Hof vorgeschlagen war, mußte gemäß den Bestimmungen der Städteordnung eine Zettelwahl vorgenommen werden.

Genosse Hof wurde mit 172, d. h. mit allen gültigen abgegebenen Stimmen wiedergewählt; er nahm die Wahl mit Worten des Dankes an. Für Vorsteherstellvertreter wurden gewählt die Stadtk. Jablan (Dnat.), Degner (KPD.)

und Meyer (Dem.). Die Wahl der Beisitzer wurde durch Juras erleichtert, von unserer Fraktion wurden die Genossen Jatau und Claus benannt.

Zur Behandlung kam dann die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, der sich alle anderen Fraktionen angeschlossen, wegen der

Explosionsunglücke

in der Vandsberger Allee und in Dohlem. Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtkonferenzversammlung ersucht den Magistrat um Auskunft:

1. welche Ursachen zu den entsetzlichen Katastrophen in der Vandsberger Allee und in Dohlem geführt haben,
2. welche Maßnahmen der Magistrat zur Behebung der entstandenen Notlage der betroffenen Bewohner ergriffen hat,
3. welche Maßnahmen der Magistrat zu treffen gedankt, um solche Katastrophen in Zukunft zu verhindern.“

Die Kommunisten haben außerdem einen eigenen umfangreichen Antrag dazu eingebracht, in dem allerhand Forderungen aufgestellt werden, die zum großen Teil durch die Maßnahmen der Stadtkonferenz bereits überholt sind. Zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages erließ Genosse Döhner das Wort: Nach dem bisherigen Stande der Untersuchung ist anzunehmen, daß es sich bei dem Unglück in der Vandsberger Allee um eine Gasexplosion handelt. Es bleibt also festzustellen, ob die alten Gasröhren etwa betriebsunfähig wurden, oder ob die neue Anlage mangelhaft ausgeführt war. Dabei ist gleichzeitig zu erforschen, ob etwa die beiden Gaswerken angewandten Arbeitsmethoden mit dazu beigetragen haben, die Arbeit nicht völlig sachgemäß auszuführen zu lassen. In der Vandsberger Allee sind in der letzten Zeit viele neue Fleischwarenbetriebe in ehemaligen Kellerräumen der Häuser eingerichtet worden, wo mit gefährlichen Apparaten, Chemikalien und Gasen gearbeitet wird. Es sollte möglich sein, die Einrichtung solcher gefährlichen Betriebe zu verhindern, denn

der Schutz von Leben und Eigentum der Einwohner steht höher als der Profit der Hausbesitzer.

Die früher aus den Kellerräumen keine Rieten zogen. Was die Explosion in Dohlem betrifft, so muß unbedingt festgestellt werden, ob höhere Gewalt oder freudloses Verhalten der Besitzer des chemischen Laboratoriums vorliegt. Unnötig ist wohl untersucht werden, ob wirklich die Aufsichtsbehörden ohne jede Kenntnis von den Vorgängen in der Fabrik waren. Auf keinen Fall gehören solche Betriebe in Wohnhäuser oder in die Nähe bewohnter Gegenden. Zu fordern sind daher vorbeugende Maßnahmen, die geeignet sind, schon die Möglichkeit solcher Unglücke zu verhindern. Im übrigen ist den Opfern jede Hilfe zu gewähren. Die Verletzten müssen kostenlos ärztlich behandelt, die Toten auf Kosten der Stadt beerdigt werden. Den Überlebenden sind neue, passende Wohnungen und auch Ersatz für die vernichteten Wohnungsanlagen zu gewähren. — Nach einer Begründung des kommunistischen Antrages durch Stadtk. Jablan (KPD.) nahm Bürgermeister Scholz das Wort zur Auszustellung. Er gab eine erschöpfende Auskunft über die vom Magistrat in Gemeinschaft mit dem Bezirksamt Prenzlauer Berg getroffenen Hilfsmaßnahmen für die Verunglückten. Sie sind nicht nach den geschriebenen Belegen, sondern nach dem ungeschriebenen moralischen Recht erfolgt. In dem Unglückshaus haben 26 Familien mit 99 Köpfen gewohnt. 17 obdachlos gewordene Familien sind bereits endgültig in Wohnungen untergebracht, die übrigen sind dabei, Wohnungen nach den Vorschlägen des Bezirksamtes zu beschaffen. Die Unzulage erfolgte auf städtische Kosten; sofern Altmwohnungen in Frage kamen, wurden diese neu

hergerichtet. Die betroffenen Familien sind mit allen notwendigen Bedarfsgegenständen ausgerüstet worden. Von den Verletzten sind 11 aus dem Krankenhaus entlassen worden, vier mußten noch in ärztlicher Behandlung bleiben. Die Stadt hat selbstverständlich die Kosten für die ärztliche Behandlung und für die Bestattung der Toten übernommen. Die Rettungsmaßnahmen sind sofort nach Geschehen des Unglücks in Angriff genommen und schnellstens durchgeführt worden. Wegen der Feststellung der Ursache des Unglücks sind Berichte von der Feuerwehr und von den Gaswerken eingefordert worden. Während sich die Feuerwehr eines abschließenden Urteils noch enthält, haben die Gaswerke betont, daß die neuen Gasleitungen vorschriftsmäßig verlegt und auch die Gasdichten vorschriftsmäßig behandelt wurden. Sofern also eine Gasexplosion als Ursache des Unglücks in Frage kommt, kann das Gas nur aus schadhaft gewordenen alten Gasröhren austritten sein. Das ergibt sich auch daraus, daß das in Brand geratene Gas durch die Absperrung an dem Abperctopf der alten Gasleitung gelöscht werden konnte. Der Magistrat wird noch abschließend zu den weitergehenden Untersuchungen Stellung nehmen und der Stadtkonferenzversammlung entsprechende Mittelung machen. Was die Explosion in Dohlem anbelangt, so stellt hier der Befund der Feuerwehr einwandfrei die Entzündung von Explosivstoffen fest. Allerdings muß auch hier noch das endgültige Ergebnis der Untersuchungen abgewartet werden. Sicher ist, daß die Polizei die Vorschriften über die Lagerung von Explosivstoffen verschärfen wird und daß sie darüber hinaus eine Revision in der ganzen Stadt vornehmen wird, um festzustellen, ob etwa irgendwo unrechtmäßig Explosivstoffe gelagert werden. Was die von der Stadt bereitgestellten Mittel für die Unterstützung der Betroffenen angeht, so müßte festgestellt werden, daß die ausgeworfenen 25000 Mark die erste Rate darstellen. Der Magistrat ist jeden Augenblick bereit, im Bedarfsfalle weitere Summen anzuweisen. Im übrigen ist aber auch das Ergebnis der Sammlung in der Einwohnerschaft sehr zufriedenstellend gewesen.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Döhner die Erwartung aus, daß das Wort des Bürgermeisters von der „offenen Hand“ Wirklichkeit werden möge. Genosse Döhner forderte eine eingehende Kontrolle der vorhandenen Gasleitungen und scharfe Vorschriften für den Betrieb der Anlagen.

Die mehrfach neu eröffneten Fleischwarenbetriebe in der Nähe des Städtischen Viehbofes erfordern eine ganz besondere Aufmerksamkeit der Aufsichtsbehörden.

weil in allen diesen Betrieben mit Ammoniak betriebene Kühlanlagen vorhanden sind, die schließlich auch der Anwohnerschaft gefährlich werden können. Zu dem Unglück in Dohlem sprach der Redner seine Verwunderung darüber aus, daß ein solcher mit Explosivstoffen arbeitender Betrieb mitten in einem Wohnviertel unterhalten werden konnte, ohne daß die Aufsichtsbehörden etwas davon merkten. Im übrigen solle man sich aber auch die Verjonen ansehen, die solche Fabriken betreiben. In dem Dohlemer Fall müßte nach unserer Meinung das Privatvermögen der Besitzer beschlagnahmt werden, um zur Schadloshaltung der Verunglückten und Betroffenen Verwendung finden zu können. Nach einer Anerkennung der aufopfernden Tätigkeit der Feuerwehr und der Schutzmannschaften kam Genosse Döhner dann am Schluß seiner Ausführungen auf den im „Vorwärts“ ausgiebig behandelten Vorwurf einer Sensationsmütiggelassenheit gegen die fixierten Fleischwarenbetriebe zu sprechen, die in der Vandsberger Allee durch einen „Sabotageakt“ das Unglück verursacht haben sollten. Der Redner hatte den Beifall der großen Mehrheit der Versammlung, als er feststellte, daß die Arbeiterschaft turnhoch über dem moralischen Tiefstand der Verfasser des Verleumdungsartikels ständen.

Stadtkonferenzmitglied Koch (Dnat.) erklärte sich mit der Anfrage einverstanden und polemisierte dann gegen die ihm zu weitgehenden Forderungen der Kommunisten. Dem bereits fertigen Urteil der kommunistischen Fraktion über die Ursachen der Explosionsunglücke könne er, der Redner, nicht beitreten, da die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien. Der Demokrat Meixner erkannte an, daß von der Städtischen Verwaltung alles getan wurde, was notwendig war. Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

88]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Jeden Tag kam Glib in das Maschinenhaus und wurde dort sofort ein anderer. Das Licht war tiefblau und ruhig, die Fenster scheiterten, die Röhren, der schwarze Schimmer der Dieselmotore mit ihren Messing- und Nickelteilen glänzten vor Sauberkeit. Und in der Luft stand ein zartes, singendes Klingeln von den Hebeln, den kleinen Hämmern und Kolbenröhren. Diese strenge und junge Musik des Metalls und der gleichmäßige ruhige Klang in dem warmen Geruch von Öl und nachher brachte die Seele mächtig und weich wieder in ihr Gleichgewicht. Es schien, als ob auch diese zarten Klänge im Herzen klopften und hämmerten. Und alles, was außerhalb dieser Mauern blieb, war unwichtig und wertlos, wie der Schutt, den man wegschaffen mußte. Und das Wichtigste, das voll großen Sinnes war, — war nur hier — in diesem glänzenden, tiefblauen Klänge, in den Außern der schwarzen Altäre, die fest in engen Reihen aufgebaut waren. Er sah lange durch den Messinghalm die gigantischen — in ihrem Fluge leicht — Schwungräder an, sah auf die roten, breiten Laufrollen, die wie lebendige Flügel hinter den Schwungrädern zitterten und bebten, und hier, neben den Schwungrädern, deren Bewegungen unerforschbar und durch ihr Schweigen beunruhigend waren, strömten nur heiße Wellen ins Gesicht, auf die Hände. In die Brust und erschütterten Glib durch ihren tiefen Atem. Ganz verzaubert verlor er sein Bewußtsein und ging in diesem beflügeltem Schwunge, in den heißen Wellen auf und stand da — ohne Gedanken, ohne Stütze, ohne Distanz und Zeit.

Und Brynja erweckte ihn dann immer wieder zum Leben. Er nahm ihn unter den Arm und führte ihn schweigend zur Glaswand, hinter der sich zwischen den Bergen das Meer und die durchsichtigen Fernen blau und dunstig ausbreiteten. Und auch Brynja war nicht mehr derselbe, dem er im Frühling begegnet war. Er trug das selbe fettige Käppi, hatte dieselbe Nase, die dem Käppi glich, die Backenknochen und das Kinn waren ebenso scharf und schmutzig, und der Schnurrbart stand ihm wie früher in feuchten, roten Vorsten im Gesicht. Aber seine Augen waren schon kalt und starr und schimmerten wie die Messing- und Nickelteile der Dieselmotore. Er schrie und regte sich nicht mehr so auf wie früher, sondern lautete gespannt dem Flüßern und Klingeln der Maschinen.

Und ihr Gespräch fing immer so an:
„Run, Armeekommandant?“
„Run, Teufelstert?“

„Run, und weiter?“
„Ja, Teufelstert, es geht immer vorwärts.“
„Wirft dein Genick nicht brechen?“
„Was fällt dir ein? Bist du von Sinnen? Mußt in die Partei, du Niederträchtiger du: Das wird dir gut tun?“

„Run, Armeekommandant, hol dich der Teufel, zusammen mit der Partei. Was ist denn die Partei — für mich existieren nur die Maschinen. Es existiert eine Partei — und es existieren Maschinen. Ich weiß nicht, was das ist, die Partei, ich kenne nur das Leben der Maschinen. Und wenn Maschinen existieren, so müssen sie arbeiten. Ich mag keine Schwächer. Geh du nur deinen Weg, Armeekommandant.“

Und unterbroch plötzlich seine Worte und ging mit gleichmäßigen, elastischen Schritten, ein wenig gebückt, ohne sich umzuschauen, von Glib weg, tauchte in den dämmerigen Gängen zwischen den Dieselmotoren unter und kam nicht mehr hervor.
Eines Tages, während einer Beschäftigung der Renovierungsarbeiten in den von Zementstaub grauen Bauten begegnete Glib Ingenieur Kleist zwischen den lärmenden, schreienden und geschäftigen Arbeitern. Sein ungewöhnlich gespannter Blick hatte Glib schon öfter in Erstaunen gesetzt. Seine Augen brannten ermüdet vor innerer Erregung und eine unruhige Frage war in ihnen. Ingenieur Kleist nahm ihn vorsichtig unter den Arm, und sie gingen schweigend zum Biadukt. Schulter an Schulter gingen sie auf die Terrasse des Wachturmes, wo sie einander an jenem unergelichen Abend begegnet waren. Rechts unten schmahten die Dieselmotore, und die in der Tiefe versteckten Dynamomochinen sangen wie tiefe Saiten. Auf den Dächern der Gebäude trochen wie Spielzeug kleine, gebückte Arbeitergestalten. Die eisernen Blätter schrien wie Dohlen und die Hämmer tönnten dumpf wie Trommeln. Und die Fenster gähnten nicht mehr mit den schwarzen Löchern der herausgerissenen Rahmen und den zerbrochenen Scheiben: Sie schimmerten gelb in der Widerpiegelung des blauen Himmels mit den feurigen, nassen Felsen.

Die Luft war herblich durchschichtig und klingend und brannte in der sommerlichen Sonne und im Grün, und über der Bucht flatterten schneemeiße Möwen in den blendenden Funken der Strahlen. Und überall, in der Luft und unter den Füßen und im Gestein, zitterte wie eine ferne Brandung ein unterirdisches, undeutliches Dröhnen. Und ganz in der Nähe, es war nicht zu bestimmen wo, hörten laut kreischend verrostete Bohrer in Eisen.

Die Schote flogen wie gigantische blaue Zylinder achtzig Meter hoch in die Luft hinauf. Brüllten sie nicht mit ihren kalten Schlünden dem höllischen Feuer?

Glib schlug Ingenieur Kleist auf die Schulter und lachte.
„Run, Genosse Techniker? Es ist wirklich so, wenn ein Dummkopf sagt: Ich bin die Kraft, so ist er — kein ganzer Dummkopf, sondern nur ein halber. Und wenn er alles erreicht — so ist er sogar ein geheimer Dummkopf. Wir Kommunisten träumen zwar von dummem, aber nicht allzu schlechtem Zeug, Genosse Techniker. . . . Am Oktobergedenktag werden wir diese ganze Maschine mit Feuer und Rauch erdröhnen lassen.“

Auf dem zuckenden Gesicht des Ingenieurs Kleist erschien ein angestrengtes Lächeln, und ohne die Würde und Haltung zu verlieren, brückte er fest Glibs Hand.
„Ich bitte Sie, Tschumalow, vergessen Sie das schwere Begangene habe. Das Bewußtsein, Menschen einst dem Lode und den Qualen ausgeliefert zu haben, läßt man keine Ruhe.“

Ingenieur Kleist sah voller Schrecken und Hoffen in Glibs Gesicht und konnte das Zittern seiner Hände nicht unterdrücken, konnte seinen Kopf nicht fest und gerade halten.
Glib sah Ingenieur Kleist voll ins Gesicht und fränkchen glommen und zerstoßen in seinen Augen. Sein Gesicht wurde unbeweglich, eigensinnig und schrecklich, wie das Gesicht einer Reiche. Das dauerte aber nur eine Sekunde und löste sich in einem breiten Lächeln auf.

„Genosse Techniker, was war — das war eben. Damals packten die Menschen einander an der Gurgel. Aber denken Sie daran, und vergessen Sie es nicht: wenn Sie meine Frau nicht gerettet hätten, so wären jetzt nicht einmal mehr Knochen von ihr übriggeblieben. Und jetzt sind Sie unser Arbeiter, unser klügster Kopf und unsere goldernen Hände. Ohne Sie hätten wir all das hier nicht fertiggebracht. . . . Schauen Sie nur, was für eine Arbeit wir hier, unter Ihrer Leitung, geleistet haben.“

„Tschumalow, Lieber, ich werde all mein Wissen, all meine Erfahrung, mein ganzes Leben unserem Lande widmen. Für mich gibt es kein anderes Leben als das Leben mit euch, und es gibt für mich kein anderes Schaffen als den Kampf für den Aufbau einer neuen Kultur.“
Und zum ersten Male bemerkte Glib, daß Ingenieur Kleists Augen sich mit Tränen füllten, und hinter den Tränen, in der Tiefe der Augen, wogten noch nie gesehene Wellen. Sie waren größer als seine Augen, größer als er selber.
Glib drückte seine Hand und lachte.

„Run, German Germanowitsch, wollen wir Freunde sein.“
„Ja, wollen wir Freunde sein, Tschumalow.“
Und er ging mit festen Schritten, sich auf den Stod stützend, fort.

(Fortsetzung folgt.)

Ende des Potsdamer Rühne-Prozesses.

Der Amtrat kommt mit 120 Mark Geldstrafe davon.

Im Laufe der Verhandlung gegen den Amtrat Heinrich Rühne, der sich wegen Diebstahls vor dem Potsdamer Schöffengericht zu verantworten hatte, kam zur Sprache, daß der Angeklagte verschiedenen Vereinen in Potsdam angehört hat, so dem Sichelhelm, der Potsdamer Künstlergilde und auch einer Bogen-

An dem Auktionstage will der Angeklagte, dessen Lebenslauf, wie er ausführt, darin besteht, seine Wohnung mit Kunstgegenständen anzufüllen, sich mehrere Gläser angeschafft haben. Um sie auf ihren Schließ zu prüfen, benutzte der Angeklagte die zur Anlage stehenden Wappenslössel, und zwar vierzehn Stück, um damit an die Gläser anzuschlagen. Diese vierzehn Schlösser will er zeitweise auch in der rechten Hand gehalten haben.

Vorhänder: Warum nahmen Sie gleich vierzehn Böffel? Einer hätte doch auch genügt. Der Angeklagte bestreitet energisch, die Böffel bereits in seiner Manteltasche, wie die Anklage angibt, gehabt zu haben. Unter großer Spannung wird die Inhaberin des Auktionslokals, in dem der Diebstahl vorgenommen ist, vernommen. Die Zeugin behauptet unter Eid, daß der Angeklagte, als das Fehlen der Böffel bemerkt wurde, die Böffel aus seiner Manteltasche herausholte und dabei unter Wächterblick verschwinden ließ. Bei diesem Wänder fließen einige Böffel zur Erde. Als die Zeugin dem Angeklagten den Diebstahl auf den Kopf zusagte, meinte der Angeklagte: "Wie können Sie sich so etwas erlauben, Sie freches Frauenzimmer!" Auch ein Angestellter des Auktionslokals belastete den Angeklagten schwer. Der Zeuge hat gehört, daß Rühne nach dem Diebstahl zu dem Gerichtsvollzieher und zum Inhaber des Auktionslokals geredet hat, sie möchten doch nichts von der Sache verraten. Vorhänder zum Zeugen: Haben Sie ausdrücklich das Wort "verraten" gehört? Zeuge: Ja wohl! Die als Zeugen geladenen Berufscollegen schildern den Angeklagten als nervösen und oft fonsulen Menschen, der dann geradezu ungenießbar gewesen sei.

Vorhänder: Es handelt sich hier um einen Beamten der höchsten Behörden in verantwortlicher Stellung. Hat man denn nicht dem Borgefehten von dem nervösen Zustande des Angeklagten Mitteilung gemacht? Die Antworten der Berufscollegen lauten verneinend. Ein Zeuge bekundet, daß des Angeklagten größtes Streben dahinginge, seine Ehre und seinen Stand hochzuhalten. Die Sachverständigen hielten den Geisteszustand des Angeklagten für durchaus normal.

Der Staatsanwalt beantragte an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von 14 Tagen 200 M. Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 120 M. Geldstrafe an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von drei Tagen. Wie wäre es wohl einem armen Tagelöhner, der auch nur einen Wappenslössel in seiner Manteltasche hätte verschwinden lassen?

Weitere Untersuchungen in Dahlem.

Welche Rolle spielte Professor Blanke?

Die Vernehmungen über die Explosionskatastrophe in Dahlem gehen jurzeit noch weiter, und es läßt sich zunächst wenigstens nicht übersehen, ob schon in nächster Zeit die Untersuchung durch die Städtische Kriminalpolizei abgeschlossen werden kann.

Da für die Staatsanwaltschaft die Frage von größter Bedeutung ist, ob Weingärtner entgegen seinen Behauptungen gegenüber der Polizei und dem Vernehmungsrichter gemügt und geduldet hat, daß im Laboratorium gefährliche Chemikalien lagerten, versucht die Untersuchung festzustellen, daß außer den Hausangestellten, die allerdings kaum jemals Zutritt zu dem Laboratorium hatten, auch andere Personen wußten, daß in den Kellerräumen Explosivstoffe lagerten. Bekanntlich hat Dr. Witt, der in der Nacht vom Sonntag, wie schon öfter, bei Weingärtner übernachtet hat, selbst zugegeben, daß er das Laboratorium kannte und daß er auch hin und wieder den beiden Inhabern bei ihren Arbeiten geholfen habe. Es bedarf aber jetzt der genauen Feststellung, ob Stammer und Weingärtner ihren Bekannten Einblick in die verborgene Tätigkeit mit Sprengstoffen gewährt oder ob sie ihm lediglich bei der Herstellung der harmlosen Heilmittel beschäftigt haben. Ferner wird auch Professor Blanke ausführlich darüber gehört werden, da er in enger Geschäftsverbindung mit Weingärtner stand und über diese wichtige Frage nicht ganz in Unkenntnis gewesen sein kann. Auch der Chemiker Dr. Jörns wird, wie wir hören, hierüber noch besonders vernommen werden.

Die Aussagen dieser Personen sind für die Untersuchung immerhin von Wichtigkeit, da die Geschäftsfreunde oder Bekannten Weingärtners mindestens die Pflicht gehabt hätten, der Polizei Anzeige zu erstatten, wenn sie wußten, daß in einem bewohnten Hause Sprengstoffe eingelagert wurden.

Strafvermähigung für die Lotteriebern.

Vor der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts I gelangte gestern die Berufung der ungetreuen Lotteriebern, des Lotterieberninspektors Böhm und des Lotterieberns Schleinstein, zur Verhandlung, denen bekanntlich die betrüblichen Manipulationen bei Ziehungen der Preussischen Staatslotterie zur Last fallen. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte waren Böhm zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe und Schleinstein zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden, wogegen Angeklagte wie Staatsanwalt Berufung eingelegt hatten. Zu ihrer Begründung bestritten sie einmal, daß die Feststellung der tatsächlichen Vorgänge richtig gewesen wäre. Weiter behaupteten die Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Kurt Braun I und Dr. Lippmann, daß die rechtliche Würdigung der Tatbestände insgesamt falsch gewesen wäre. Sie führten auch an, es wäre oft vorgekommen, daß Lotteriebernen aus der Trommel herausgefallen wären. Den Beamten wäre hierzu immer gefügt worden, sie sollten dies verbergen, indem sie die Rädchen in die Hand nähmen und so täten, als ob sie sie herausgezogen hätten. Noch häufiger sei es vorgekommen, daß die herausgefallenen Rädchen einfach wieder in die Trommel gefügt worden wären. Auch wären die Listen voller Fehler gewesen und zuweilen erst an Hand von Listen, die von Privatfirmen aufgestellt waren, amtlich berichtigt worden. Schließlich bestritt die Verteidigung noch, daß die Lotteriebern eine öffentliche Behörde und die Angeklagten Beamten im strafgerichtlichen Sinne wären. Den Beweis suchte sie durch die Vernehmung dreier Direktoren und des Vorstehers des Rechnungsbüros zu führen. Der Staatsanwalt, der seine Berufung zurückzog, beantragte jedoch, die Berufung der Angeklagten zu verwerfen.

Die Strafkammer verurteilte wegen erschwerter amtlicher Beilegeschaffung von Urkunden in drei Fällen, in Lateinisch mit erschwerter Beamtenuntersuchung Böhm zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 1000 Mark Geldstrafe und Schleinstein zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe. Je fünf Monate Untersuchungsfrist wurden den Angeklagten angerechnet.

Abgefundene Kriegsbeschädigte.

Wie uns der Reichsbund der Kriegsbeschädigten in Berlin C 2, An der Stralauer Brücke 6, mitteilt, ist durch die Abänderung der Ausführungsverordnung vom 1. September 1926 zum § 25 Absatz 3 des Reichsverordnungsgesetzes die Möglichkeit geschaffen worden, abgefundene Versorgungsberechtigten wieder erneut in die Versorgung einzubeziehen. Nach der genannten Verordnung

wurden bisher eine große Zahl gleichbleibender, erheblicher Donerschäden nur mit der Berechnungsrente abgefunden, die zum Beispiel für den Verlust eines Auges, aller Zähne, für wibernatürlichen Afters usw. nur 20 Proz. betrug. Da die Rente erst bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 25 Proz. beginnt, so waren diese verhältnismäßig schwer beschädigten Kriegsteilnehmer ohne jede Rentenerzielung. Die Verordnung ist nun dahin abgeändert worden, daß diese Schäden nunmehr mit 25 Proz. Rente abzufinden sind. Sie enthält dabei außerdem noch den Hinweis, daß andere Körperschäden, die den in der Verordnung genannten gleichzusetzen sind, entsprechend hoch zu berücksichtigen seien. Unter diese in der Verordnung nicht genannten Körperschäden fallen insbesondere solche, die an sich den Kriegsteilnehmer zwar um 25 Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit mindern, die aber aus gesetzlichen Gründen nur auf den Prozentfuß der Berechnungsrente (20 Proz.) abgestellt worden sind. Kriegsteilnehmer mit solchen Beschädigungen sollten es nicht versäumen, dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten ihre Versorgungsangelegenheit zur Nachprüfung zu unterbreiten.

Der Raubüberfall in der Birkenstraße.

Die Täter noch nicht ermittelt. — 300 Mark Belohnung.

Zu dem Raubüberfall in der Birkenstraße, den am Mittwoch mittag zwei falsche Kriminalbeamte auf die Verwalterin Frau verübten, wird mitgeteilt, daß von den Tätern noch keine Spur gefunden ist.

Die Ueberfallene hat sich jetzt soweit erholt, daß sie die ursprüngliche Beschreibung der Räuber noch ergänzen konnte. Wahrscheinlich hat man es mit zwei Männern zu tun, die unter verschiedenen Masken in der letzten Zeit wiederholt in der Roabiter Gegend aufgetaucht sind und ohne Zweifel auf Raub ausgehen. Bei zwei alten Damen erschienen die Männer als angebliche Angestellte der Heilsarmee, die, wie sie erklärten, den Damen eine Unterstützung zumenden wolle. Die Damen waren aber auch misstrauisch, fertigten die vermeintlichen Heilsarmeeleute an der Korridorür ab und erhielten darauf die erstaunliche Mitteilung: "Wenn ihr uns nicht einlaßt, bekommt ihr auch keine Unterstützung!" In allen Fällen zeigten die beiden, wie auch die falschen Beamten in der Birkenstraße, als Ausweis Kartonsblätter mit aufgezogenen Lichtbildern. Unter Hinweis auf die Belohnung von 300 M., die für die Ergreifung ausgesetzt ist, werden alle, die zur Ermittlung der Räuber beitragen können, ersucht, sich bei der Inspektion A. 5 im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden.

Böttcher heute früh hingerichtet.

Am Donnerstag nachmittag begaben sich Oberstaatsanwalt Seihe und Erster Staatsanwalt Jäger, der die Anklage gegen Böttcher vertreten hatte, noch dem Gefängnis in Köpenick, und machten Böttcher die Ankündigung, daß das am 2. Juli a. V. vom Schwurgericht III gegen ihn gefällte doppelte Todesurteil am nächsten Morgen vollstreckt werden würde. Gemäß Anordnung des Oberstaatsanwalts wird die Hinrichtung Böttchers heute Freitag, früh 7¼ Uhr, im Gefängnishof Köpenick stattfinden.

Selbstmordversuch mit Gummiarabikum.

Einen eigenartigen Selbstmordversuch unternahm eine 25jährige Stenotypistin, die eine Flasche Gummiarabikum auf einen Zug ausleerte. Da ihr im Krankenhaus sofort der Magen ausgepumpt wurde, kam sie ohne weitere Gesundheitschädigung davon. Als Grund für ihren seltsamen Selbstmordversuch gab sie an, daß ihr ein Amerikaner versprochen hatte, sie an die Riviera und noch auf andere große Reisen mitzunehmen. Als der Amerikaner dann eines schönen Tages, bevor es zu der geplanten Reise kam, spurlos verschwand, habe sie aus Verzweiflung und um den ewigen Himmelen ihrer Kolleginnen zu entgehen, sich das Leben nehmen wollen.

Verhängnisvoller Weihnachtsbaumbrand.

Als gestern abend aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes im Hause Kanalstraße 16 Hilferufe ertönten, eilten zwei Beamte der Schutzpolizei, die gerade in der Straße patrouillierten, in die Wohnung und fanden dort die Wohnungsinhaberin, die 59jährige Klara K. und deren Verwandte, eine 57jährige Alma K. in brennenden Kleidern vor. Es gelang den Beamten, die Flammen zu ersticken und die Frauen vor dem Feuerort zu bewahren. Gleichzeitig konnte der brennende Weihnachtsbaum, von dem die Flammen auf die Gardinen und auf das Zimmerinventar übergesprungen waren, gelöscht werden. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr schaffte die schwerverletzten Frauen in das bester Krankenhaus. Die Brandverletzungen der Frau K. sind so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß. Nach den angestellten Ermittlungen hat der Weihnachtsbaum Feuer gefangen, und bei den Löscharbeiten, die die Frauen anstellten, gerieten ihre Kleider in Brand.

Billige Fische. Infolge der mürben Bitterung werden größere Karpfenbestände zum Verkauf gestellt. Es werden verkauft Freitag und Sonnabend, den 13. und 14. Januar, lebende Karpfen in allen Größen pro Pfund nur 1,10 M. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht, und befinden sich in den Läden, Marktthallen und auf den Wochenmärkten.



Walter Gutknecht liest aus eigenen Werken ein Gedicht, eine Novelle und ein Kapitel aus seinem Roman "Die Reinerne Orgel". Sprechlich bieten diese Dinge nichts besonders Reizvolles. Gutknecht gibt sich stellenweise zu paratellisch, seine Worte haben wenig Klang, erscheinen manchmal abgegriffen. So interessiert das Romankapitel trotz der handlung wenig, anders die Novelle "Hope", eine kurzgefaßte, scharf gemalte Erzählung, die Schilderung eines alten Fräuleins, das in der eigenen Vergangenheit lebt. Gutknecht erweist sich hier als guter Psychologe. Das Nachmittagkonzert bringt einen Überblick aus Mozarts Jugendjahren. Es beginnt in dem Menuett des Fünffährigen mit einem harmlos heitern Allegro, einer kurzen, gefälligen Melodie in Rondoform und steigt auf zu der Violinsonate des Fünfzehnjährigen, die besonders im Largo schon den Meister zeigt. Das Konzert schließt mit dem großen Streichquartett aus Mozarts reiferer Zeit. Zu Bori kommt hier nur der Mozart der Kammermusik, nicht der Komponist der Opern und Sinfonien. Immerhin ermöglicht dieses Konzert einen Ueberblick über die Entwicklung des Meisters und auch seine frühesten Jugendwerte haben mehr als Museumswert. Selbst sie klingen heute noch durch die frische melodische Erfindung, auch wenn sie noch völlig in der Konvention verankert sind. Die Gebrüder Steiner, nach langer Zeit wieder als Solisten hervortretend, bewiesen ihr großes Können. Abends übertrug man auf der Philharmonie den Russischen Staatschor in der großen Halle Rachmaninows. Es ist hier bereits über die außerordentliche Leistung des Chors geschrieben worden auch in der Uebertragung erklet der Hörer den stärksten Eindruck. Die virtuos abgetuschte Tonfärbung, der wundervolle Ausdruck und die schlackenlose Harmonie der Stimmen wird auch hier zum Erlebnis. F. S.

Neue Spritsschlebung im Rheinland.

Das Reich über eine Viertel-Million geschädigt.

Seit etwa einem halben Jahre wurde in Westdeutschland auffallend billiger Brauntwein mit einem merkwürdigen Beigeschmack angeboten, der schon des unmäßigen billigen Preises wegen auf eine unexakte Herkunft schließen ließ. Dieser Lage gelang es nun den Beamten der Zollabfuhrstelle Frankfurt a. M., die bei der Herstellung und dem Vertrieb beteiligten Personen festzunehmen und in das Koblenzer Gerichtsgefängnis einzuliefern. Die Seele des dunklen Geschäfts ist ein Kaufmann Adolf Bauer aus Köln, der entgegen dem Verbot, den in dem Autotreibstoff "Monopolin" enthaltenen Alkohol auf chemischem Wege zurückzugewinnen, Monopolin ist, um es für Trintzweck auszuscheiden, mit anderen Stoffen, u. a. Benzin, gemischt und sofort handelsüblich 36 Vol. je Liter. Es enthält etwa 50 Prozent Alkohol, der auf legitimen Wege, weil mit Brauntweinsteuer belastet, im Handel nicht unter 2,50 RM. zu haben ist. Man nimmt an, daß das Reich durch diese neue Spritsschlebung um über eine Viertelmillion Mark geschädigt worden ist.

Die Ursachen des Hamburger Unglücks.

Nach amtlicher Mitteilung hat die Untersuchung über die Explosion auf der Motorbarke ergeben, daß Benzin in die Bilge gelangt sein muß und durch äußere, noch nicht geklärte Ursachen zur Entzündung kam. Bei der explosionsartigen Verbrennung ist die Brennstoffleistung am vorderen Benzinlauf abgebrannt worden, wodurch Benzin ausströmte und die Brandwirkung erhöhte. Festgestellt ist, daß weder der Besorger noch der Benzinlauf explodiert sind. Ganz ungeklärt ist, wie dadurch der ungeheure Knall entstehen konnte, der weithin vernehmbar war. Durch die umhergeschleuderten Sturplatten wurden viele Arbeiter an Bord verletzt und trugen Knochenbrüche davon. Einige Arbeiter erlitten auch schwere Brandverletzungen. Die zwei vermischten Personen sind noch nicht aufgefunden.

Drei Kinder hilflos verbrannt. Ein Feuer, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen, wütete am Dienstag zwischen 11 und 12 Uhr in einem Achsfamilienhaus in Stannowitz bei Striegau. In der ausgebrannten Wohnung des Arbeiters Bänisch fanden die Löschmannschaften die drei verkohlten Leichen der noch nicht schulpflichtigen Kinder der betroffenen Familie.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bitte an den Bezirkssekretariat Berlin C 64, Lindenstraße 1, 2. Hof, 2. Exp. rechts, zu richten.

1. Kreis Friedrichshagen. Kreis Schulgemeinschaft: Alle arbeitenden Mitglieder werden gebeten, sich am Sonntag, 13. Januar, 11 Uhr, bei Kommandant, Paul-Ginger-Str. 49, zu versammeln.

2. Kreis Köpenick. Kreis Arbeiterjugend: Alle Mitglieder der Arbeiterjugend werden gebeten, sich am Sonntag, 13. Januar, 11 Uhr, bei Kommandant, Paul-Ginger-Str. 49, zu versammeln.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 13. Januar: Gruppe Mitte: 9 Uhr in der Schule Gipsstr. 10a Vortrag: "Neue Form." Am Sonntag, 15. Januar, Wanderung durch den Waldpark. Abfahrt 7.00 Uhr Bahnhof Mitte. Gruppe Köpenick: 9 Uhr im Jugendheim Hauptstr. 15 Vortrag: "Der 1. Teil und die Arbeiterjugend." Referent: Hermann Peters. Die älteren Mitglieder der SAJ sind eingeladen. Gruppe Köpenick: 9 Uhr im Jugendheim Hauptstr. 15 Vortrag: "Der 1. Teil und die Arbeiterjugend." Referent: Hermann Peters. Die älteren Mitglieder der SAJ sind eingeladen. Gruppe Köpenick: 9 Uhr im Jugendheim Hauptstr. 15 Vortrag: "Der 1. Teil und die Arbeiterjugend." Referent: Hermann Peters. Die älteren Mitglieder der SAJ sind eingeladen.

Kinderfreunde Groß-Berlin. Kreis Köpenick. Kreis Arbeiterjugend: Alle Mitglieder der Arbeiterjugend werden gebeten, sich am Sonntag, 13. Januar, 11 Uhr, bei Kommandant, Paul-Ginger-Str. 49, zu versammeln.

Sterbefälle der Groß-Berliner Partei-Organisation. Kreis Köpenick. Kreis Arbeiterjugend: Alle Mitglieder der Arbeiterjugend werden gebeten, sich am Sonntag, 13. Januar, 11 Uhr, bei Kommandant, Paul-Ginger-Str. 49, zu versammeln.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Freitag, Ausgabe der "Jugend vom Tag" und der "Arbeiterjugend", Abrechnung der Beitragskassen, Abgabe der Berichtsbogen und der Februar-Programme.

Heute, Freitag, 13. Januar, 19% Uhr: Kreis Köpenick. Kreis Arbeiterjugend: Alle Mitglieder der Arbeiterjugend werden gebeten, sich am Sonntag, 13. Januar, 11 Uhr, bei Kommandant, Paul-Ginger-Str. 49, zu versammeln.

Kreis Köpenick. Kreis Arbeiterjugend: Alle Mitglieder der Arbeiterjugend werden gebeten, sich am Sonntag, 13. Januar, 11 Uhr, bei Kommandant, Paul-Ginger-Str. 49, zu versammeln.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold". Kreis Köpenick. Kreis Arbeiterjugend: Alle Mitglieder der Arbeiterjugend werden gebeten, sich am Sonntag, 13. Januar, 11 Uhr, bei Kommandant, Paul-Ginger-Str. 49, zu versammeln.

Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold". Kreis Köpenick. Kreis Arbeiterjugend: Alle Mitglieder der Arbeiterjugend werden gebeten, sich am Sonntag, 13. Januar, 11 Uhr, bei Kommandant, Paul-Ginger-Str. 49, zu versammeln.



STADT DES VORWÄRTS

BEILAGE

Städtische Steuern.

Die Grenzen sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Zum Beginn des neuen Jahres, wo Steuerarten und Steuererklärungen wieder ins Haus gestatter kommen, wo jeder wieder die Ungerechtigkeit in der Verteilung der Abgaben so recht greifbar vor Augen sieht, wendet sich ganz von selbst der Blick auch auf die Stadt und ihre Steuerpolitik, um zu ergründen, was sie für eine gerechtere Steuerverteilung getan hat oder in Zukunft tun könnte. Und man denkt vielleicht an Wien, das in einem früher für ganz unmöglich gehaltenen Ausmaße Reichtum und Luxus steuerlich erfasst hat, um daraus den Armen Häuser zu bauen, ihre Kinder zu betreuen, den Notleidenden Speise und Kleidung zu verschaffen. Zeigt doch gerade dieses Beispiel kommunaler Politik, was eine geschlossene sozialdemokratische Mehrheit zugunsten der bisher vernachlässigten und benachteiligten Volksschichten zu leisten vermag, wenn sie tatsächlich die Verfügungsfreiheit über Einnahmen und Ausgaben hat.

Besser sind wir in Berlin weit mehr als in Wien gebunden. Leider — vom Standpunkt des zunächst Erreichbaren aus. Denn es ist mehr als fraglich, ob die Uebertragung der Finanzhoheit Wiens auf die deutschen Städte wirklich für die Dauer einen Vorteil bedeuten würde. Wir Sozialdemokraten treten mit aller Entschiedenheit für eine vom Reich aus zentral geleitete Steuererhebung ein, weil wir nur darin die Gewähr für eine — in nächster Zukunft zu verwirklichende — einheitliche, von sozialen Notwendigkeiten diktierte Kostenverteilung erblicken. Und wir werden dieses große Ziel nicht um eines scheinbaren Augenblickserfolges willen aufs Spiel setzen.

Einstweilen freilich — das muß immer wieder mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden — hat die Bürgerblockregierung alles daran gesetzt, um ihre unsoziale Steuererhebung aufrechtzuerhalten und die Städte nach Möglichkeit an einem gerechteren Ausgleich zu hindern. Die Entscheidung darüber liegt also nicht bei irgendeiner städtischen Körperschaft, sondern bei denen, die in aller nächster Zeit berufen sind, den Deutschen Reichstag neu zu wählen.

Die Steuer von Einkommen und Vermögen ist Sache des Reiches. Die Stadt erhält davon nur einen schematisch berechneten Anteil zu ihrer eigenen Verwendung. Also gerade die Möglichkeiten, den Besitz, den Reichtum zu verkleinern, sind den deutschen Städten genommen. Ihnen bleiben nur drei große Steuerquellen, die scheinbar aus dem Besitz fließen, und dies sind die Gewerbesteuer, die Grundsteuer, die Vermögenssteuer. Die Bedeutung dieser Steuern für den Haushalt Berlins ist sehr erheblich, sie erbringen insgesamt über 200 Millionen Mark, d. h. mehr als den vierten Teil der Gesamteinnahmen der Stadt. Die Sozialdemokratie hat sich entschieden gegen eine kruppellose Erhöhung dieser Steuern gewehrt, weil sie weiß, daß alle diese Steuern über kurz oder lang auf die konsumierende Bevölkerung abgewälzt werden: die Gewerbesteuer auf die Käufer, die Grundsteuer auf die Mieter, die Vermögenssteuer auf diejenigen Volksschichten, die nach der körperermüdbenden, selbstständigen Arbeit des Tages das Bedürfnis nach Entspannung, nach künstlerischer Erhebung oder Erbauung empfinden. Gewiß — wenn keine andere Möglichkeit bleibt, so ist eine Erhöhung dieser Steuern schließlich noch am erträglichsten für die große Masse der arbeitenden Bevölkerung, weil die Wirkung nicht sofort, nicht unmittelbar in die Erscheinung tritt. Es hieße aber die Augen verschließen, wollte man eine derartige Steuerpolitik als eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse hinhinnehmen.

Die Sozialdemokratie hat darum im Berliner Rathaus immer gegen die ungeduldrige Erhöhung dieser Steuern Stellung genommen. Mit ihren Stimmen ist im Laufe des letzten Jahres z. B. eine sehr erhebliche Herabsetzung der Vermögenssteuer gerade bei den „Bergnügungen“, die der Erholung und Entspannung der breiten Schichten des arbeitenden Volkes in Berlin dienen, durchgeführt worden. Die Sozialdemokratie hat

gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer gestimmt, um eine Erhöhung der Preise im nächsten Jahre zu verhindern.

Bleibt die Frage: Was kann die Stadt Berlin tun, um den Luxus steuerlich zu erfassen. Und die Antwort muß leider lauten: Herzlich wenig. Berlin hat versucht, die Hausangestellten nach ihrer Zahl zu versteuern. Der Erfolg war eine störrische Verfügung, die auch den bescheidensten Ertrag aus dieser Steuer unmöglich machte. Berlin hat versucht, den überschüssigen Wohnraum begüterter Bürger zu besteuern. Der Erfolg war ein errechneter Ertrag von knapp zwei Millionen Mark (nach Berücksichtigung der „behördlichen“ Bedingungen). Berlin besteuert Hunde, Pferde, Motorboote. Der Ertrag beträgt genau 13 plus 0,06 plus 0,08 Millionen — eine lächerlich geringe Summe.

Es ist eben so: Berlin ist durch die Reichsgesetzgebung nicht in der Lage, eine wirklich soziale Steuerpolitik zu betreiben. Die Sozialdemokratie als die stärkste Partei im Rathaus tut, was sie kann, aber sie vermag sich ebensowenig wie irgendeine andere Partei — und wären es selbst die Kommunisten! — über die reichsgesetzlichen Bindungen hinwegzusetzen. Der neue Reichstag entscheidet über das Schicksal Berlins, über seine Steuerpolitik. Bis dahin wird die Sozialdemokratie im Rathaus wie bisher alles daran setzen, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Berlins gegen die Ausbeutungssucht der großkapitalistischen Parteien und gegen die kommunistische Katastrophopolitik zu schützen.

Das Wasser des Müggelseewerkes. Ein Sachverständigenurteil.

Die in Berlin vor einiger Zeit laut gemordenen Klagen über Chlorgeschmack des vom Wasserwerk Müggelsee gelieferten Trinkwassers sind für Professor Dr. H. Bruns vom Gelsenkirchener Institut für Hygiene und Bakteriologie ein Anlaß gewesen, die Anlagen dieses Werkes eingehend zu besichtigen und das Wasser zu untersuchen. Er hat das aus eigenem Antrieb getan, weil auch in Wasserwerken des Ruhrgebietes in den letzten Jahrzehnten dieselben Beobachtungen seine Aufmerksamkeit erregten. Die Ergebnisse hat Professor Bruns in einem Gutachten zusammengefaßt, das im Druck vorliegt. Er kommt zu einem Urteil, das für das Berliner Wasserwerk durchaus günstig ist.

Das Wasserwerk Müggelsee entnimmt das Trinkwasser hauptsächlich durch Tiefbrunnen aus dem Grundwasser, mischt aber im Bedarfsfall noch Oberflächenwasser dazu, das aus dem Müggelsee entnommen und gefiltert wird. Erst seit dem Herbst 1926 ist versuchsweise die Chlorung des Oberflächenwassers durchgeführt worden, die als weitere Vorsichtsmaßregel zur Entkeimung des Wassers dienen soll. Professor Bruns ist der Ansicht, daß obendrein der Müggelsee mit acht Millionen Quadratmeter Oberfläche und etwa vierzig Millionen Kubikmeter Wasservolumen ein außerordentlich reines Wasser liefert, weil an dem Spreelauf oberhalb des Müggelsees keine großen Städte liegen und der Großschiffahrtverkehr von der Oder nach Berlin nicht mehr durch den Müggelsee geht. Der Reingehalt des Müggelseewassers sei so gering, wie man ihn nur in Trinkwasserleitungsperren beobachtet, deren Niederschlagsgebiet hygienisch nahezu gänzlich einwandfrei ist. Er betont, daß im übrigen die dem Müggelseewerk zur Verfügung stehenden ausgedehnten Filteranlagen eine weitestgehende Entkeimung des Wassers gewährleisten. Bei der Anlage und dem Betrieb des Werkes Müggelsee seien alle Anforderungen erfüllt, die man vom hygienischen Standpunkt aus an ein derartiges Werk zu stellen habe.

Zu dem Chlorgeschmack, den er in Berlin Ende November 1927 prüfte, bemerkt Bruns, im Ruhrgebiet sei so etwas in

viele Dutzenden von Fällen vorgekommen. Der Chlorgeschmack sei unangenehm, aber gesundheitlich gleichgültig. Für das Müggelseewerk müsse man im Hinblick auf die Sorgfalt der Ueberwachung des Filterbetriebes, die Chlorung sogar für unnötig halten. Wahrscheinlich habe die plötzliche Temperaturabnahme, die in der zweiten Hälfte des November eintrat, das Chlorbindungsvermögen geschwächt. Beachtung verdienen übrigens, daß zu der Zeit nicht nur in Berlin, sondern auch in Hamburg der unangenehme Geschmack des Trinkwassers bemerkt wurde.

Die Kirche „spart“. Auch ein „Freund“ der Volksschule.

In Nr. 614 des „Vorwärts“ vom 29. Dezember u. J. hatten wir unseren Lesern die Beschreibung einer neuen Volksschule in Schlachtensee gegeben und zum Schluß erwähnt, daß ein Herr Dr. Dibelius (es gibt einen Generalsuperintendenten dieses Namens in Berlin) sich in evangelisch-fürsorglichen Gemeindegeldern über den Wittenbau dieser Volksschule erträutet hatte. Es lohnt sich, diesen Herrn und sein Geschrei sich einmal genauer anzusehen: In seinem Beitrag heißt es unter anderem: „Bei der evangelischen Kirche wird überall gespart... In vielen Verwaltungszweigen des Staates und der Städte tut man so, als gäbe es in Deutschland keine Not. Ein einziges Beispiel: Es wird in Schlachtensee ein neues Volksschulgebäude eingeweiht. Es ist ein reizender Bau. Nur eben die Kosten betragen nahezu eine Million. Nun entsteht die Frage: Kann ein Volk, das eben einen Krieg verloren hat, sich solche Gebäude leisten? Wenn die Stadt eine Million für eine Volksschule auf den Tisch legt, dann macht niemand Schwierigkeiten.“

Wie liegen oder lagen nur die Verhältnisse in Schlachtensee? In dem zum 10. Berliner Verwaltungsbezirk Zehlendorf gehörenden Ortsteil Schlachtensee nebst Zehlendorf-West bestand seit vielen Jahren eine große Schulfamilie. Vor etwa zwei Jahren erstanden sowohl an der Potsdamer Chaussee als auch an der Wannsee zwei riesige Siedlungen, die hauptsächlich von mittleren und unteren Beamten bezogen wurden, meist Familien, die weder dem Katholizismus noch dem Atheismus, wohl aber der evangelischen Kirche nahestanden. Und nun mußte mit größter Beschleunigung endlich der längst fällige Schulhausbau begonnen werden. Während die in größten Ausmaßen gebaute sogenannte Südschule von Zehlendorf, eine Volksschule, aber ohne Aula, vor dem Krieg bereits 650 000 M. gekostet hat, kostete die Schlachtensee Volksschule, trotzdem sich die Baukosten gegen früher um 70 Proz. verteuert haben, ausschließlich der Inneneinrichtung nur 700 000 M. Die angeblich sparame evangelische Kirche hingegen hat in der Hauptstraße in Zehlendorf, in teuerster Gegend, ein Grundstück zum Bau eines Gemeindefaules gekauft. Man schätzte den Preis pro Quadratmeter auf 50 bis 70 M. Das kürzlich eingeweihte evangelische Gemeindefaule in Dahlem ist mit besonders großem Komfort ausgestattet. In Schlachtensee am Dubrowplatz hat die evangelische Kirche ein Priorenhaus gekauft, das bestimmt auch keine 70 000 M. kosten wird. In Wannsee hat sie ein neu erbautes Gemeindefaule. Auch in Nikolassee ist ein Grundstück zum Bau eines Gemeindefaules erworben worden. Und in Zehlendorf hat der evangelische Vertreter dessen, der vor bald zwanzig Jahren nicht mußte, wo er sein Haupt betten sollte, an einer Sechszimmermietewohnung so wenig gemerkt, daß die Kirchengemeinde eine eigene Villa für rund 75 000 M. erwerben mußte. Wenn die evangelische Kirche sich allein in diesem Bezirk Gemeindefaule, Grundstücke, Säuler und Billen erwerben kann, dann verfaßt sie über weit mehr Mittel, als die Deffentlichkeit ahnt.

Unentgeltliche Sportberatung im Bezirk Wedding. Im neuen Jahr hat das Bezirksamt Wedding (Gesundheitsamt) eine sportärztliche Beratungsstelle eingerichtet, die sowohl den Sportorganisationen wie jedem in der Bevölkerung unentgeltlich zur Verfügung steht. Die Sprechstunden finden in der Volksschule, Antonstr. 36/41, statt, und zwar für Männer Dienstag abends von 8-9 Uhr und für Frauen Mittwoch abends von 7-8 Uhr. Als Sportärzte sind Dr. Dienemann und Frau Dr. Reinhold in der Beratungsstelle tätig.

In dieser Woche Schluß unseres beispiellosen billigen

INVENTUR-AUSVERKAUFS

Einige Beispiele:

Herren-Ulster	von 18.— an
Winter-Ulster, in besseren Qualitäten	von 45.— an
Winter-Paletots, mit Samtkragen	von 38.— an
Herren-Frühjahrsmäntel	von 21.— an
Damen-Wintermäntel	von 6,50 an
Frühjahrs- u. Übergangsmäntel f. Damen	von 6,50 an

Damen-Pelzjacken	von 48.— an
Damen-Pelzmäntel	von 89.— an
Herren-Sportpelze	von 98.— an
Herren-Gehpelze	von 152.— an

Herren-Winterjoppen	von 12,50 an
Herren-Pelzjoppen	von 79.— an

Trenchs-Coats für Herren	von 39.— an
Gummimäntel von 18.— an, f. Damen	von 9,50 an
Trenchs-Coats für Damen	von 38.— an

Jackett-Anzüge	von 17.— an
----------------	-------------

Gesellschaftskleidung

Smoking-Anzüge	von 65.— an
Frack-Anzüge	von 89.— an
Fanz-Anzüge	von 43.— an

Gestrelte Herrenhosen	von 3,60 an
Breeches	von 3,20 an
Herren-Sportanzüge	von 19,50 an
Herren-Ledersportjacken	von 59.— an
Damen-Ledersportjacken	von 74.— an
Chausseur-Anzüge	von 28.— an
Chausseur-Pelze	von 96.— an

Manchester-Anzüge für Herren	24.—
Manchester-Anzüge für Knaben 1/2	5,90

Herren-Windjacken	von 6,50 an
Einsegnungs-Anzüge 38/42	von 22.— an
Prüfungs-Anzüge	von 17.— an
Knaben-Anzüge	von 8,50 an
Knaben-Mäntel für Dreijährige	von 10.— an
Knaben-Pyjacks, f. Zwei- u. Dreijährige	von 4,75 an
Knaben-Schulhosen, Gr. 0/6	von 1,50 an

Stoffe meterweise — Reste zu Knockoutpreisen	
Anzugstoffe, Aachener Kamugarn, moderne	
Dessins, ca. 150 cm breit	12.—

In allen Abteilungen, auch nach Maß, sind alle Qualitäten bedeutend im Preise herabgesetzt

Herren-Oberhemden aus Panamastoff, mit Klappmanschetten und Kragen	2,90
Herren-Oberhemden aus Zophirstoffen, mit Klappmanschetten und Kragen	3,70
Herren-Oberhemden mit eleganten Einsätzen, weiß und farbig, mit Klappmansch. und Kragen	3,90
Herren-Hemden, mit Doppelbrust, Gr. 4	1,50
Herren-Unterhosen m. Ueberschl., normalart., Gr. 4	1,20
Herren-Unterhosen, Futtertrikot	1,40
Damen-Ueberziehwesten, reine Wolle	1,90
Strickwesten, reine Wolle, für Damen und Herren, viele Farben	4.—
Männer-Unterwesten, gestrickt, braun	2,95
Damen-Schlüpfer, in hellen, zarten Farben	0,75
Kinder-Hemdchen, grau, Futtertrikot	1,10
Bettflaken, weiß Molton mit bunten Kanten	2,40
Bettbezüge aus gutem weißen Linon, Garnitur 1 Deckbett und 2 Kopfkissen	8,75
Bettbezüge aus gutem Wäschestoff, 1 Kopfkissen reich bestickt, Garn. 1 Deckbett u. 2 Kopfkissen	7,95
Bettbezüge aus gutem Dimity, Garnitur 1 Oberbett und 2 Kopfkissen	10,50
Lakonstoffe, Haustuch, erprobte Qualität, 140 cm breit, Meter	1,40
Kaffeetische, karliert, künstlerischer Geschmack	0,95
Handtücher, weiß, unges., 100 cm lang, gute Qual.	0,50
Bademäntel in eleganter Ausführung	11,75

BAER SOHN & G

nur Chausseestraße 29-30
Untergrundbahn: Stettiner Bahnhof

Aus den Bezirken.

9. Bezirk - Wilmersdorf.

Die erste Bezirksversammlung beschäftigte sich zunächst mit den Anträgen des Vorsitzenden usw. Den Vorsitzenden beantragten und erhielten nach dem Stimmverhältnis die Deutschnationalen, während Genosse Dr. Wierprecht ein Stellvertreter wurde. Als zweiten Vorsitzenden präsentierten die Demokraten an Stelle ihres verstorbenen Mitgliedes Dr. Koppel Frau Freyhan, die auch gewählt wurde. Es ist bemerkenswert, daß Wilmersdorf, das in Dingen politischen Fortschritts nicht gerade mit Siedelmüllentiefeln marschiert, der erste Bezirk ist, in dem eine Frau der Bezirksversammlung vorsieht. — Im Laufe der Sitzung wurde eine Fülle von kommunikativen Anträgen erledigt. Sie waren bereits bei der Haushaltsberatung gründlich besprochen worden — wobei aber die Unzufriedenheit teils wegen der Unzuständigkeit der Bezirkskörperschaften, teils wegen der weit über das Ziel hinausgehenden Forderungen festgestellt worden war. Einige wertvolle Anregungen, wie: möglichst entgegenkommendes und weitzichtiges Verhalten des Bezirksamts und seiner Dienststellen bei Erhebung der Spielplatzgebühren von minderbemittelten Sportorganisationen, bei der Gewährung freier Kernmittel, sowie bei der Einziehung der Kranken- und Wohlfahrtsgebühren von Unbemittelten, wurden von unseren Genossen unterstützt und dem Bezirksamt zur Beherzigung empfohlen. — Dem Antrage der Rechtspartei auf schnelle Verlängerung der Untergrundbahnstrecke Wittenbergplatz — Uhlendamm über Hanzsee bis zum Refsegele in Hinblick auf die 1930 stattfindende Bauausstellung stimmten wir zu. Über es gibt noch andere wichtige Verteilungspunkte in Groß-Berlin — nämlich den Ausbau und die Verlängerung des Wogenparks und die Verbindung der früher so tiefmütterlich bedachten östlichen, südöstlichen und nördlichen Außenbezirke mit den wirtschaftlichen Zentren der Stadt. — Endlich stimmte die Bezirksversammlung unserem Dringlichkeitsantrage zu, wonach angesichts der Kohlenknappheit der Empfang der Kohlen, die Rinderbemittelte usw. auf städtische Bezugscheine erhalten, unter allen Umständen sichergestellt werden müsse.

19. Bezirk - Pantow.

Die erste Bezirksversammlung im neuen Jahre, die am 9. Januar 1928 stattfand, befahte sich mit der Wahl des Vorstandes. Die Deutschnationalen verlangten für ihre Partei die Besetzung des Vorsteherpostens mit der Begründung, daß die wenig auch schwache bürgerliche Mehrheit ihren Anspruch rechtfertige. Die Kommunisten stellten einen eigenen Kandidaten auf. Wir brachten zum Ausdruck, daß uns als stärkster Fraktion der Vorsteherposten zustehe. In der Schlußphase wurde unser Genosse Kramer mit den Stimmen der Demokraten und Kommunisten wiedergewählt. Unser weiterer Versuch, das Bureau der Stärke der Fraktionen nach zu besetzen, fand keinen Anklang, da die Demokraten unter keinen Umständen einem Kommunisten ihre Stimme geben wollten. Von unserer Fraktion wurde Genosse Bensch noch als Beisitzer gewählt, so daß das Bureau aus zwei Sozialdemokraten, drei Deutschnationalen, einem Demokraten und einem Volksparteiern besteht. Die ständigen Ausschüsse wurden in der gleichen Besetzung wiedergewählt und die Sitzungsgänge wie im Vorjahr festgelegt. Gegen einen von den Deutschnationalen eingebrachten Dringlichkeitsantrag, der eine wesentliche Herabsetzung der Gewerbesteuer verlangte, wurde Widerspruch erhoben, so daß eine Verhandlung in der nächsten Sitzung erfolgen wird. Interessant war die Auskunft des Bezirksamts, daß die Kosten, die bei der Einführung des Schulgesetzes in unserem Bezirk entstehen, 38 000 M. im Jahr betragen. Den aus den Wohnungswirtschaften gestrichenen ist schriftliche Nachricht gegeben, daß der Wiedererwerb im alten Stand auf Antrag entsprechen wird. Ferner wurden Klagen über allzu lange Wartezeiten bei der Abfertigung der Erwerbslosen im Arbeitsamt erhoben, die Berücksichtigung wurde anerkannt und vom Bezirksamt Abhilfe zugesagt. Von

unserer Fraktion wurden Anfragen an das Bezirksamt gestellt, die sich mit der Ablehnung der Trauerfeier für den Genossen Klindt, mit dem Verhalten des Pfarrers Watzig bei einer Trauerfeier, mit der Unfähigkeit in Niederhöfenhausen, mit Abholungen an der Bank in Biantenburg befaßten. Die durch die Parteübersehbarkeit Beschädigten müssen immer noch auf die Antwort des Magistrats warten. Einige Verlängerungen von Beiträgen fanden die Zustimmung der Versammlung, dabei wurde der deutschnationalen Antrag auf Kündigung des Vertrages mit der Brennstoffgesellschaft, weil diese den Steuerzahlern Konkurrenz mache, abgelehnt. Es fand dann noch eine Fortführung der Sitzung in geheimer Beratung statt.

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, den 14. Januar, 19 1/2 Uhr

im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Genossen Franz Furtwängler:

„Indien und der englische Imperialismus.“

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, II. Zimmer 2. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer. — Zigarrengeschäft Horsch, Engelauer 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreilindstr. 5. — „Werkzeuge“ Bucherstuben, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Expeditionen. — Groß-Siedlung Britz: Liningstraße 57.

Kein Zuschlag für Untervermietung.

Auf unseren Hinweis unter dieser Überschrift in der „Stadtbeilage“ vom Freitag, dem 6. Januar d. J. (Nr. 9), sind einige Anfragen eingelaufen, die uns veranlassen, auf zwei der von uns berührten Punkte näher einzugehen:

1. Das Mieteinigungsamt kann nach § 29 Abs 2 des Mieterwohnungsgesetzes die Genehmigung zur Untervermietung nicht erteilen bei der Untervermietung solcher Räume, „in denen eine eigene Wirtschaft oder Haushaltung nicht geführt werden soll“. Hat aber der Vermieter der Untervermietung zugestimmt, so kann er während der Dauer des Hauptmietvertrages vom Untermieter nicht Räumung verlangen. (Dr. Ebel-Vielenthal, Gesetz über den Mieterschutz und Mieteinigungsämter, 2. Auflage, Carl Heymanns Verlag, 1926, S. 153, letzter Absatz.) Daraus folgt, daß der Vermieter während dieser Zeit auch keinen Zuschlag für Untervermietung verlangen und die Fortdauer seiner Erlaubnis zur Untervermietung nicht von der Zahlung eines solchen Zuschlages abhängig machen kann. Hat das Mieteinigungsamt vor dem 1. Juli 1926 zugunsten von Untermietern ohne eigene Wirtschaft oder Haushaltung die Erlaubnis zur Untervermietung erteilt, so gilt diese weiter. (Ebenda, Anm. 7 zu § 29, S. 160.) Praktisch liegt die Sache demnach so, daß jeder Mieter vor einem Zuschlag für Untervermietung geschützt ist (auch wenn in den Räumen keine eigene Wirtschaft oder Haushaltung geführt wird), wenn nur die Erlaubnis entweder vor dem 1. Juli 1926 durch das Mieteinigungsamt erfolgt oder die Erlaubnis (bis heute) vom Vermieter ohne das Zugeständnis eines besonderen Zuschlages erteilt ist. Die bereits (vom Mieteinigungsamt oder vom Vermieter selbst) erteilte Erlaubnis kann nicht etwa später beliebig von der Zusicherung der Zahlung eines Zuschlages abhängig gemacht werden. Nur in solchen Fällen, in denen eine Genehmigung zur Untervermietung (die bekanntlich in der Regel nicht für bestimmte Untermieter, sondern allgemein erteilt werden) nachgefragt werden, kann praktisch der Fall der Bewilligung eines Zuschlages in Frage kommen. Das ist alsdann eine freiwillige Vereinbarung neben der gesetzlichen Miete.

2. Von anderer Seite wird eingewendet, daß der umzu-legenden Teil des gemeindlichen Zuschlages zur staatlichen Grundvermögenssteuer sehr wohl 4 Proz. der Friedensmiete übersteigen kann, nämlich in den Fällen niedriger Verzinsung des Grundbuchs (da die Grundvermögenssteuer bekanntlich nicht von der Friedensmiete, sondern von dem Nutzungswert berechnet wird). Der Einkäufer übersteht dabei aber die Bestimmung zu Ziffer 24 der Ausführungsverordnung des Reichlichen Finanzministers vom 26. April 1924 zur Durchführung der Preussischen Steuerreformordnung. (Dr. Suren, Die Hauszinssteuer in Preußen, Verlag von Georg Stilke in Berlin, S. 92/93.) Demnach kann in solchen Fällen die Grundvermögenssteuer (und damit auch die Hauszinssteuer) auf 4 Proz. der Friedensmiete (des Friedensmietwerts) herabgesetzt werden. Die Mieter (namentlich wirtschaftlich schwächere) können vom Vermieter fordern, daß er einen solchen Antrag bei der zuständigen Stelle stellt, damit sie nicht stärker belastet werden, als es der Gesetzgeber will. Die Tatsache, daß die Mieter im Falle unerheblicher Ueberschreitung der 4 Proz. schweigen oder darauf überhaupt nicht achten, ändert nichts an der Möglichkeit der Herabsetzung der Steuer auf den Satz von 4 Proz. der Friedensmiete.

Vom Arbeiter-Radiobund.

Die Berliner Ortsgruppe des Arbeiter-Radiobundes gibt im folgenden eine Uebersicht über die Arbeit im verflochtenen Jahre. Nach der 3. Reichskonferenz, die von der Berliner Bezirksgruppe durch eine proletarische Abendfeier in der Philharmonie und durch mehrere Werberveranstaltungen in den Berliner Arbeiterbezirken umrahmt wurde, schritten die Arbeiter der Berliner Organisation rüstig vorwärts. Schon im Juni konnte die an und für sich noch schwache Organisation eine Riesensache bewältigen: das Sommerfest in der Abtei in Treptow. Tausende von Berlinern waren dem Rufe des Arbeiter-Radiobundes gefolgt und haben durch ihren Willensaufmarsch seinerzeit bewiesen, daß sie in diesem Bund den Vertreter der Rundfunkinteressen der Arbeitererschaft sehen. Diese Veranstaltung brachte für die Berliner Organisation eine starke Festigung der Ortsgruppen. Im September anlässlich der Gründung der Arbeiter-Radio-Internationale veranstaltete die Bezirksgruppe Berlin einen Begründungsabend für die internationalen Vertreter. Rundfunkgenossen aus Dänemark, aus Österreich, aus Holland, der Tschechoslowakei und aus der Sowjetunion sprachen und bekräftigten den internationalen Charakter unserer Organisation und die Notwendigkeit des Zusammenhanges. Eine rege Werbetätigkeit war mit der großen deutschen Funkausstellung verbunden. Hunderttausende haben unsere gut ausgestattete Koje besucht und sich von den Arbeiten des Bundes überzeugen können. Gegen Ende des Jahres fanden in allen Gruppen Werberveranstaltungen statt, zu der der Bezirksvorstand eine große Anzahl Werbematerial und Propagandabroschüren herausgegeben hat. Zwei neue Ortsgruppen waren der Erfolg dieser Werberarbeit. Besonders wichtig ist auch die gegen Ende des Jahres erneut aufgenommene Arbeit der Berliner Bezirksgruppe, der Zusammenhanges der am Rundfunk interessierten Arbeiterorganisationen zur Erkämpfung proletarischer Programmforderungen. Die vom Arbeiter-Radiobund zusammengestellte Bildbibliothek soll diese Arbeit erleichtern. Die Arbeiterorganisationen müssen sich noch mehr als bis jetzt mit dem Rundfunk befaßen. Ueberall muß die Erkenntnis: „Der Sender sei die Ranke des Proletariats“ sich durchsetzen!

Wiederoeffnung des Spandauer Heimatsmuseums. Von Sonntag, dem 15. Januar ab ist das Museum (ständige Ausstellung stadgeschichtlicher Bilder und Urkunden) im Neuen Rathaus in Spandau, Zimmer 130, wieder jeden Sonntag von 10—13 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Inventur-Ausverkauf

Beginn 6. Januar

Mengenabgabe vorbehalten

Preise teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt

Teilzahlung

Bequeme Anzahlung, kleine Wochen- oder Monatsraten, Ihrem Einkommen angemessen

Verkauf sowohl Vorrat

Verkauf sowohl Vorrat

Damen-Mantel 4⁵⁰
aus Strich-Covertcoat, nur Backfischgrößen

Damen-Mantel 32⁰⁰
a. reinwoll. Ottoman, Schalkrag, u. längs herunter mit Pelz

Damen-Mantel 7⁵⁰
aus guten melierten wollenen Stoffen, Krage, Manschetten und unten herum mit Wollplüsch

Tanzkleid 3⁹⁵
aus Kunstseide, mit breiter Bordüre, in vielen Ballfarben

Damen-Mantel 18⁷⁵
a. wollenem Velours de laine, Krage, Manschetten m. Pelz-Imit.

Hauskleid 4²⁵
aus kariertem Pullover-Stoff, mit langem Arm, viele schöne Muster

Damen-Mantel 22⁵⁰
reinwoll. Vel. de laine, halb a. Damassé, Krage und Manschetten mit Pelz besetzt

Straßenkleid 6⁹⁰
aus reinwollenem Popeline, mit Stickerel, langem Arm, in 6 Farben

Damen-Mantel 27⁷⁵
a. schwer, schwarz, Kunstseide, ganz a. Damassé, Krage, Manschetten u. unten herum mit Pelz-Imitat

Tanzkleid 12⁷⁵
aus vorzüglichem Eollenne; unten mit breiter Goldspitze

Das bieten wir Ihnen um unsere Riesenvorräte, speziell in Winterwaren zu räumen

Niedrige Preise! Teilzahlung!

bei bequemsten Zahlungs-Bedingungen.

Machen Sie von unserer großzügigen Veranstaltung reichhaltigen Gebrauch!

Sie können es auch mit wenig Geld

Auch unsere übrigen Artikel, wie: Leinen- und Baumwollwaren Tisch-, Leib- und Bettwäsche Trikotagen, Wollwaren Gardinen und Teppiche im Preise bedeutend herabgesetzt!

Tanz-Kleid 15⁷⁵
aus Crêpe de Chine, in vielen hellen Ballfarben

Herren - Ulster 46⁵⁰
m. Rückengurt, a. ganz vorzügl. Stoff, schöne Ueberkar. m. Abseite

Damen - Jacke 39⁰⁰
1/4 lang, a. Maulwurf-Imitation, ganz auf Damassé gefüttert

Sakko-Anzug 28⁵⁰
für Herren, tadelloser Paßform, aus tragfähigem Gabardine, in allen Größen

Herren - Ulster 27⁰⁰
mit Rückengurt, aus gut, mollig. Stoffen, auch mit Abseite

Sakko-Anzug 42⁵⁰
für Herren, dreifarb., a. mittelfarb., vorzüglich. Stoff., gute Verarbeitung, tadell. Paßform

Herren - Ulster 36⁰⁰
mit Rücken- od. Rundgurt, a. schwer. Stoff., schöne Kar. m. Abseite

Sport-Anzug 52⁰⁰
f. Herren, m. 2 Hosens., aus besonders haltbaren mittelfarbigen Stoff., tadell. Paßform

Herren-Paletot 39⁰⁰
2reih., m. Samtkrag, aus gut., schwarzem Eskimo, gute Verarb.

Sakko-Anzug 58⁰⁰
f. Herren a. mittelfarb., gut. Kammgarnstoff., gute Verarbeitung, tadell. Paßform

Unsere 6 x vergrößerten Räume (durch Hinzunahme der 1. Etage) bieten Ihnen einzig dastehende Auswahl Unser Kaufhaus ist modern ausgestattet u. sehenswert

Auch in unserer neu aufgenommenen Abteilung: **Schuhwaren** für Damen und Herren besonders preiswerte Angebote

Im Osten
Gr. Frankfurter Str. 101
Ecke Krautstr., a. Strausberger Pl.

Kaufhaus **Modern**

Im Süden
Kottbuser Damm 72
Ecke Lonastr., Nähe Hermannpl.

Wallenberg-Verträge.

Die Grundlage der Reparationslieferungen.

Eigentlich konnte es gar nicht anders kommen — bei den Sachlieferungen hat der eine Staat alles zu zahlen und der andere Staat schreibt gut, warum sollen sich da die Unternehmer nicht über das Geschäft einigen?

Die sogenannten Wallenberg-Verträge, die die Grundlage der Reparationslieferungen darstellen, entstammen einem Reglement über die Neuregelung der deutschen Reparationslieferungen, das im Mai 1923 in London beschlossen wurde. Das Organisationskomitee für jene Neuregelung bestand aus vier Deutschen und vier Alliierten unter Vorsitz des schwedischen Bankiers Wallenberg.

Das Verfahren für die deutschen Sachlieferungen

war ursprünglich so geregelt, daß von Regierung zu Regierung die Lieferprogramme festgestellt wurden. Die Reparationskommission bestimmte für sich allein, welcher Preis für diese Waren Deutschland gutzuschreiben war. Der erste Versuch zur gefundenen Entwicklung der Sachlieferungen ging von den deutschen Gewerkschaften aus, die sich erhoben, gemeinsam mit den französischen Arbeitern den Wiederaufbau durchzuführen. Diese wahrhaftige Völkerverständigung mißlang. Es kam dann im Jahre 1921 zu dem zwischen Loucheur und Rathenau abgeschlossenen Wiesbaden-Abkommen. An die Stelle der Regierungen sollte je eine privatwirtschaftliche Organisation der beiderseitigen Industrien treten. Aber auch das behagte dem sogenannten freien Unternehmertum weder in Deutschland noch in Frankreich.

So kam es im Jahre 1923 mit Belgien zum Cuny-Bemesmans-Abkommen und bald darauf mit Frankreich zum Ruppel-Billet-Abkommen. Diese Abreden stellten den Sachlieferungsverkehr auf völlig freie rein geschäftliche Basis. Es kam dann zum Dawes-Plan.

Die Hineinarbeitung der Sachlieferungen in den Dawes-Plan

erfolgte durch jene oben erwähnte Kommission. Jetzt erhält ja der Generalsekretär für Reparationszahlungen alle deutschen Wiedergutmachungsleistungen, der Reparationsagent verrechnet die aus Abschüssen von Sachlieferungen fällig werdenden Zahlungen und Aufschriften.

Das Sachlieferungs-geschäft ist während der jüngst vergangenen zwei Jahre im besonderen in Frankreich durch die Regierung stark gefördert worden. Die Unternehmer, die die sogenannten Wallenberg-Verträge abschlossen, wurden mit hohen Diskontnachlässen und Rabatten stark begünstigt. Nachfolgend stellen wir zusammen, was Frankreich im kürzlich abgeschlossenen dritten Jahre der Dawes-Pläne an wichtigeren Wallenberg-Verträgen für Umsätze erzielt hat. Es wurden insgesamt

2988 Verträge über 473 Millionen Goldmark

abgeschlossen! Allein 1197 Verträge umfaßten die Lieferung von Maschinen im Werte von 63 Millionen Mark, 439 Verträge umfaßten die Lieferung von 710 000 Kubikmeter Bauholz (Wert 41 Millionen Mark), 86 Verträge über Zucker und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse stellen einen Wert von 33 Millionen dar. Durch 484 Verträge wurden Pferde, Rinder und Schafe im Werte von 29 Millionen Mark geliefert, 189 Verträge umfaßten Papiermasse und andere Papierstoffe im Betrage von 27 Millionen Mark.

Belgien schloß im dritten Jahre durch seine Unternehmer 1442 Wallenberg-Verträge in einem Gesamtwert von 49 Millionen. Aber auch andere Mächte haben Sachlieferungsverträge von beträchtlicher Höhe geschlossen. Italien verbraucht den größeren Teil seines Anteils zum Ankauf von Kohle. Serbien läßt sich auf Reparationskonto vorwiegend Brücken bauen. Rumänien hat Lokomotiven, Schienen und hygienisches Material verlangt. Japan übernahm Ammoniumsulfat und eine Funkstation, Portugal bestellte Eisenbahnmateriale, Griechenland Postkraftwagen und Krankenautos. Polen kaufte wie üblich Pferde.

Zu beachten ist, daß neben den freien Unternehmern Bestellungen das Deutsche Reich auch noch Sachlieferungen in Feststoffen und Kohle gemäß Anhang V des Versailler Vertrages zu leisten hat. Allein an Frankreich wurden im abgeschlossenen dritten Dawes-Jahre aber außerdem noch durch 129 Verträge für 197 Millionen Mark Kohle und durch 26 Verträge für 99 Millionen Mark chemische Erzeugnisse geliefert.

Der jetzige überdies noch reichlich ins Dunkel gehüllte Reparationsstand zeigt, wie im Gefolge der freien Privatwirtschaft die Korruption marschiert. Aus dem Krampe der Wälder wurden Wallenberg-Verträge, auch ein verlorenen Krieg ist, privatwirtschaftlich gesehen, noch immer ein Geschäft und dort, wo der Staat bezahlt, bezahlen muß, da ist, wie das praktische Exempel wieder einmal gezeigt hat, die Korruption nicht weit entfernt.

Kurt Helmig.

Eine Million Doppelentner mehr Kalidünger hat die deutsche Landwirtschaft im letzten Düngejahr aufnehmen können. Nach dem Bericht der Dammann-Bank, Hannover, ist der inländische Kaliablag gestiegen

von 6 942 926 Doppelztr. — 63 Proz. des Gesamtbedarfes im Jahre 1926 auf 7 007 000 „ „ „ 64 „ „ „ 1927

Der Wertbezug an Kali in Geld umgerechnet ergibt den anfänglichen Betrag von rund 29 Millionen Mark (bei dieser Berechnung wurden gemäß den Angaben der „Deutschen Tageszeitung“ für 1927 ein durchschnittlicher Erlöspreis pro Doppelzentner von 15,50 M. und für 1926 ein durchschnittlicher Erlöspreis von 13,47 M. pro Doppelzentner zugrunde gelegt). Wenn das Kalifindikat der

Und doch Eisenpreiserhöhung.

Aufhebung der Eisenzölle muß die Antwort sein.

Der Deutsche Stahlwerkverband hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sofort die wichtigsten Eisenpreise zu erhöhen. Die Form- und Stabpreise werden um je 3 M. die Tonne erhöht, der Auspreis für Siemens-Martiniten wird bei A-Produkten und Stabeisen auf 8 M. je Tonne festgesetzt. Weitere Preiserhöhungen sind vorgesehen. In welchem Ausmaß diese erfolgen sollen, wird noch geprüft.

Damit hat die deutsche Eisenindustrie jenes Attentat durchgeführt, das nach dem großen Entgegenkommen des Reichsarbeitsministers zur Erhaltung des Friedens in der Eisenindustrie nicht mehr erwartet werden durfte. Die gestellten Schiedssprüche sind ausdrücklich unter dem Gesichtspunkt formuliert, daß die von der Eisenindustrie erhobenen Einwände für die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen Berücksichtigung finden. Die Eisenindustrie selbst hat nach den Erklärungen Bönsgens gegenüber den Pressevertretern in Düsseldorf neue Gründe heranziehen müssen, um ihr Vorgehen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Bei diesen neu angeführten Gründen handelt es sich aber in der Tat nicht um unvorhergesehene Schwierigkeiten, sondern um selbstverständliche Uebergangsercheinungen, die der Eisenindustrie schon seit vielen Monaten bekannt sein mußten.

Die Eisenpreiserhöhung wird vorgenommen, nicht nur entgegen dem ungeschriebenen Pakt mit der Regierung, sondern auch entgegen der ausdrücklichen Verwahrung der eisenverarbeitenden Industrie, die ihre Zustimmung zu der geplanten Preiserhöhung nicht hat geben können, weil seit einiger Zeit bereits die Beschäftigung in der eisenverarbeitenden Industrie deutliche Zeichen des Rückganges aufweist. Obwohl die deutschen Eisenerzeuger in der Zukunft also mit Sicherheit weniger Eisen aufnehmen können als bisher, erfolgt eine Erhöhung der Eisenpreise, die die deutschen Eisenerzeuger noch kaufunfähiger machen muß. Da im letzten Jahre gut drei Viertel des gesamten deutschen Eisenerzeugnisses im Inland geblieben sind, sich gegen frühere Jahre das Verhältnis also völlig umgekehrt hat, schneidet

sich die Eisenindustrie mit der Erhöhung der Eisenpreise ins eigene Fleisch. Es ist unvermeidlich, da sowohl der Bauplatz wie die Reichsbahn in diesem Jahre weniger aufnahmefähig sein werden, daß die Erhöhung der inländischen Eisenpreise die deutsche Eisenindustrie auch auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig machen muß. Die Folgen daraus liegen auf der Hand, auch die Belegschaften der Eisenindustrie werden unter der Eisenpreiserhöhung leiden.

Die Eisenindustrie nimmt die Preiserhöhungen vor, obwohl sie im vergangenen Jahr unbefristet eine unerhörte Konjunktur auszuweisen hatte. Die Eisenverbände hatten Rekordverkaufsfiguren und die arbeitstäglige Erzeugung hat selbst die der Vorkriegszeit noch überschritten. Dabei liegt unzweifelhaft nicht nur eine Mengenkonjunktur, sondern auch eine Preiskonjunktur vor. Wie aus Eisen berichtet wird, sind beispielsweise die Berechnungspreise für Walzwerkserzeugnisse, das sind die den Werken von den Verbänden gutgeschriebenen Preise, gegenüber dem Jahre 1926 um nicht weniger als 20 Proz. gestiegen.

Regierung, verarbeitende Industrie und Öffentlichkeit dürfen diese Preiserhöhung nicht hinnehmen. Von der eisenverarbeitenden Industrie selbst ist bereits laut geworden, daß sie im Falle der Erhöhung der Eisenpreise die Aufhebung oder eine empfindliche Senkung der Eisenzölle fordern muß. Für die Reichsregierung ergibt sich aus den konjunkturellen Folgen der Eisenpreiserhöhung die Pflicht, aus eigener Initiative durch einen Antrag auf Herabsetzung der Eisenzölle die schwerwiegendsten Folgen der Erhöhung für die deutsche Wirtschaft nach Möglichkeit abzuwenden. Bemüht hat die Eisenindustrie die deutsche Öffentlichkeit zu überrumpeln versucht. Erst ganz wenige Tage vor der Sitzung des Stahlwerkverbandes erhielt die Öffentlichkeit von den Absichten der Eisenindustrie Kenntnis. Die Eisenindustriellen und die Öffentlichkeit wurden davon verhindert, rechtzeitig ihre Bedenken gegen die Eisenpreiserhöhung geltend zu machen. Mit dem vorläufigen Erfolg dieser Ueberwachungsstrategie darf es unter keinen Umständen sein Bewenden haben.

Neue Leitung der Preußenkasse.

Ein Beschluß des preussischen Staatsministeriums.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus dem preussischen Finanzministerium folgendes mitgeteilt:

Der Präsident des Direktoriums der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, Geh. Finanzrat Semper, ist bis auf weiteres beurlaubt worden. Das preussische Staatsministerium hat den Rechtsanwalt Klepper, derzeitigen Vorsitzenden des Vorstandes der Deutschen Pächterkreditbank (Domänenbank) mit der kommissarischen Leitung des Direktoriums der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse beauftragt. Der finanzielle Status der Anstalt gibt, wie bereits festgestellt worden ist, zu irgendwelchen Besorgnissen keinen Anlaß. Das preussische Staatsministerium ist überdies fest entschlossen, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Preussische Zentralgenossenschaftskasse als leistungsfähiges Kreditinstitut für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen und den gewerblichen Mittelstand zu erhalten und weiter auszubauen.

Mit diesem Beschluß des preussischen Staatsministeriums hat das preussische Kabinett bewiesen, daß es die ernste Lage, in die das landwirtschaftliche Kreditwesen in Deutschland gekommen ist, voll erkannt hat. Es hat sich unserer Forderung nach einer Reorganisation der landwirtschaftlichen Kreditpolitik bei der Zentralbank der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht verschließen können und auch für die Leitung der Preußenkasse daraus die Konsequenzen gezogen. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse hat um die deutsche Landwirtschaft große Verdienste. Aber ihre alte Leitung war den enormen Schwierigkeiten, die sich nach der Stabilisierung notwendig in den Kreditverhältnissen der Landwirtschaft ergeben mußten und die mit der traditionellen Politik nicht zu meistern waren, nicht gewachsen.

Herr Rechtsanwalt Klepper, der jetzt als Kommissar der preussischen Regierung die Leitung übernimmt, ist gerade dadurch ausgezeichnet, daß er von vornherein auf diese großen Ueberwachungs-schwierigkeiten sein Hauptaugenmerk gerichtet hat. Die von ihm verfaßten Berichte des Domänenpächterverbandes und der Deutschen Pächterkreditbank haben immer wieder seine Ueberzeugung deutlich erkennen lassen, daß nur die allergrößte betriebswirtschaftliche Sorgfalt bei der Bewirtschaftung der einzelnen Güter, verbunden mit einer intensiven Betriebskontrolle und einer Beratung der Landwirte die Landwirtschaft aus den Schwierigkeiten herausführen kann. Seit 1923 bereits geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Domänenpächterverbandes, hat der jetzige Leiter der Preußenkasse im Jahre 1924 die Domänenbank geschaffen und ihr sofort eine betriebswirtschaftliche Abteilung zur Kontrolle der Kreditgewährung angegliedert. Im Frühjahr 1926 erfolgte unter seiner Führung die Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Pächterbetriebe, und besonders beteiligt war Rechtsanwalt Klepper an der Schaffung des Reichsverbandes zur Gewährung von Pächterhypotheken, bei dem der Uebergang von der bisherigen Sicherheitshypothek zu einer gegenseitigen Inventarhypothek erfolgte.

Die Öffentlichkeit hat allgemein erkannt, daß es mit der bisherigen Subventionmethode und dem unkontrollierten Hineinpumpen von Krediten in die Landwirtschaft nicht mehr weitergeht. Es ist das Problem für die Reorganisation der Preußenkasse, daß die für die Domänenpächter bereits angewandten Methoden im gesamtwirtschaftlichen Interesse auch in der Preußenkasse und den ihr angeschlossenen Genossenschaften angewendet werden. So ist zu hoffen, daß der Wechsel in der Leitung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse der gesamten deutschen Landwirtschaft zugute kommen wird.

Landwirtschaft im Jahre 1927 auch durch erleichternde Maßnahmen entgegengekommen ist, darf doch behauptet werden, daß die geschädigte Entwicklung des Kaliablaßes ohne erhebliche Stärkung der Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft bestimmt nicht in die Erscheinung getreten wäre.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind in Warschau wieder aufgenommen worden, nachdem die von Dr. Hermes geführte deutsche Delegation ihren Weichnachtsurlaub nach der Einholung neuer Instruktionen beendet hat. Die Haupt-schwierigkeiten sollen im Augenblick in der Frage bestehen, ob Polen die Aufwertung seiner Zölle, die es angeündigt hat, vornehmen wird oder nicht. Es handelt sich dabei um die Beseitigung der Differenz zwischen dem gegenwärtigen und dem Goldwert des Zolls, also zwischen etwa 47 und 80 Pfennig. Nach unserer Kenntnis hat

Dr. Hermes auch für die strittigen Agrarimportfragen Instruktionen eingeholt.

Die Verleumdung Deutschösterreichs wird aus folgenden Zeilen erkennbar: Im Jahre 1927 wurden in Wien allein 313 000 Pfändungen vorgenommen, davon 189 000 erfolglos; die Pfändungen sollten 72 Millionen Schilling bringen, ergaben nur 31,5 Millionen und kosteten 630 000 Schilling, während die Kosten der vorhergehenden gerichtlichen Klagen 4 Millionen Schilling betragen. Bei 2616 außergerichtlichen Vergleichen erhielten die Gläubiger für 50 Millionen Schulden 20 Millionen ausgezahlt; insgesamt haben die Gläubiger einschließlich der Gerichtskosten 40,5 Millionen Schilling verloren, wovon Gemeinde und Staat mit 23 Millionen beteiligt sind. Dabei sind infolge der Zerstörung des Grundbuchs seit 15. Juli (Auftzugpalastbrand) Realpfändungen nicht vorgenommen worden.

Weißer Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbelag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich. Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiß sind, trotz des Rauchens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mk., Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Der Mann, der Hunger hatte.

Humoreske von Alphonse Crozière.

Eines Morgens wachte Tüllerich mit einem Mordshunger auf. Unglücklicherweise war an den Tagen, an denen er mit einem Mordshunger aufwachte, der Betrag, über den er zum Mittagessen verfügen konnte, winzig klein.

Das war auch an jenem Morgen der Fall.
Welcher Ausweg blieb Tüllerich übrig? Sich von einem Freunde zum Essen einladen zu lassen? Ja, aber bei den schlechten Zeiten sind auch die Freunde, die einen zum Essen einladen, fettener geworden.

Ihm fiel jedoch der Name eines entfernten Bettlers ein (Vogelgäus hieß er), der eine Weinlube in der Gegend von Saint-Eustache besaß. Der hatte einmal zu ihm gesagt:

„Wenn Sie eines Tages so gegen Mittag in unserer Nähe sind, dann machen Sie uns einen Besuch; wir werden uns sehr freuen.“

„Ich habe doch“, beglückwünschte sich Tüllerich, „ein ganz hervorragendes Gedächtnis. Die Leute können schließlich nicht sagen, daß ich aufrichtig bin. Seit mehr als einem Jahre bin ich bei ihnen eingeladen und habe die gute Gelegenheit nie ausgenutzt. Auf nach Saint-Eustache!“

Tüllerich bewohnte einen der höchsten Punkte des Montmartre, wo die frische Luft den Magen ganz besonders zusammenzieht; er war weder Kaufmann noch Rentier und gehörte überhaupt nicht zu den Bürgern, welche Einkommensteuern zahlen, brauchte sich also in keiner Weise zu beunruhigen, daß ihm eine Zustellung des Fiskus den Appetit verderben könnte.

Als er seinen Bohnsüß verließ, schlug es elf Uhr. Er dachte: „Zu rennen brauche ich nicht. Die Hauptsache ist, daß ich dort in dem Augenblick ankomme, wo man sich zu Tisch setzt. Falls ich zu spät käme, wären sie imstande, ihre Einladung zu vergessen. Tod und Teufel, so ausgehungert wie heute war ich noch nie!“

Langsam stieg er die Montmartre-Straße hinab und bog dann in die Märtyrersstraße ein, in die er mit seinem ausgepumpten Magen so recht hineinpasste. Dann ging er weiter durch die Vorstadt. Hier sah man schon eine Menge von Angestellten, die sich in die gewohnten Gastwirtschaften begaben.

Wäre Tüllerich bei Kasse gewesen, dann hätte er darauf verzichtet, weiter zu gehen. Er wäre in das erste beste Lokal eingetreten und hätte seinen Besuch bei dem Bettler auf später verschoben.

Am Anfang der Hüdnchenstraße sagte er:

„Jetzt hab' ich's fast geschafft. Aber es ist auch höchste Zeit. Mein Magen hat schon so ein Loch, daß er den Wettbewerb mit meinen Schuhen getrost aufnehmen kann.“

Er trippelte etwas rascher, wie das Pferd, das den Stall riecht. „Ist so schlimm für mich, wenn ich zu spät komme. Welch ein Hunger!“

Jetzt sieht er das Schild schon in der Ferne glänzen. Endlich! Aber was erschließen seine Augen? Leute in Sonntagskleidern, die auf dem Bürgersteig warten.

„Nanu, sollte man vielleicht vor der Wirtschaft des angeheirateten Bettlers anstehen?“

Er nähert sich noch mehr und erhebt:

„Schwarze Vorhänge“, röhrt er. „Also ein Trauerfall...“

Und ich falle vor Hunger um... Glück muß der Mensch haben!“

Er tritt ein. Der Bettler Vogelgäus, mit einem uralten Zylinder auf dem Kopf, kommt ihm entgegen und reicht ihm die Hand.

„Ich komme nicht gleich auf Ihren Namen.“

„Tüllerich, Sie wissen doch, der Bettler Tüllerich... O, ein entfernter angeheirateter Bettler.“

„Ach so, Tüllerich...“

„Sie erinnern sich... Sie hatten zu mir gesagt: Wenn Sie eines Tages gegen Mittag in unserer Nähe sind, dann essen Sie einen Happen mit uns. Wir machen nicht viel Umstände.“

„So, ja, ganz recht... Das ist aber nett von Ihnen, daß Sie zum Begräbnis gekommen sind. Die Aermste, seit sechs Wochen mußte sie sich so quälen. Es war eine Erlösung. Sie konnten doch mit zum Friedhof?“

Tüllerich reißt die Augen erschrocken sperrweit auf.

„Das sind Sie ihr schließlich schuldig“, jähnt Vogelgäus wieder an.

„Sie als Bettler... Entschuldigen Sie mich, da sind Leute von meiner Familie; ich bin gleich wieder da.“

„Tüllerich hatte am liebsten geweint. Da hatte er sich auf ein anständiges Mittagessen gefreut und war jetzt dazu verdammt, an einem Trauerzuge teilzunehmen.“

„So etwas kann auch nur mir passieren... Aber ich kann mich nicht drücken, ich bin moralisch dazu verpflichtet. O, dieser Hunger! Niemals habe ich einen solchen Hunger gehabt! Ich muß mich beherrschen, um nicht die Blumen und die Kränze zu verschlingen. Aber jetzt sitze ich in der Patsche und kann nicht mehr zurück. Holten mir wenigstens, daß sich der Bettler Vogelgäus meines Magens erdarmt und mich beim Verlassen des Friedhofs zu einem anständigen Happen-Pappen einlädt, wie es in solchen Fällen üblich ist.“

Eine Grabesstimme wird vernnehmbar:

„Die Herren von der Familie.“

Und Tüllerich fühlt, wie ihn der Bettler beim Arm packt.

„Kleiden Sie in meiner Nähe, Sie sind der einzige, der mir sympathisch ist. Sie hätten sicher nicht die Siegel von Gerichts wegen anlegen lassen. Aber denen werde ich schon noch einen Streich spielen, an den Sie denken werden. O, diese selbstfüchtigen Menschen! Sie wenigstens sind ganz selbstlos gekommen; nur um eine Pflicht zu erfüllen. Das werde ich Ihnen nie vergessen.“

Und er drückt Tüllerichs Hand mit aller Kraft.

Tüllerich ist dazu verdammt, hinter dem Sarge herzuweichen.

An seiner Seite geht Vogelgäus, der ihn unter dem Arm gefaßt hat.

„Werde ich bis zum Ende durchhalten können?“ meint der Unglückliche mit einer Leichenblässe, die so recht zu der traurigen Zeremonie paßt.

„Benedict Alonester werde ich noch mit knurrendem Magen zurücklegen müssen?“

Diesmal überkommt Tüllerich die Wut. Die Tränen steigen ihm in die Augen.

„Sie sind bewegt, lieber Bettler“, murmelte Vogelgäus. „Das soll Ihnen ungeraten bleiben. Ich sehe, daß Ihre Familie nicht nur aus Lumpen besteht, daß auch ein Ehrenmann darunter ist. Daran werde ich denken.“

Und während sie weitergehen:

„Ach, welch ein Verlust für mein Haus! Bedenken Sie nur, eine Köchin, die einzig dastand. Welch eine Köchlerin war sie in der Zubereitung eines Ragouts mit Popriola... Ich sehe sie noch, wie sie ihre Hammelbrust anlaufen läßt und Zwiebel und Knoblauch dazu hat... Mit wieviel Lust und Liebe schichtete sie in der Terrine die

Speckswarten, das Hammelfleisch, die grünen Bohnen, die Butter und das geriebene Brot, um dann alles zusammen zu rösten. Welch ein Duft, mein Lieber, welch ein Duft! Und erst ihre Sezungenflöts! Man kam aus der Provinz eigens zu uns, um ihre berühmten Sezungenflöts zu kosten. Wenn der Kunde sie mit Kartoffeln und in Butter gebratenen Artischocken umrändert auf der Schüssel erscheinen sah, dann konnte er nicht mehr an sich halten... Und das geschmorte Rinderfilet, die Spezialität meines Hauses, und die wunderbaren gefüllten Omelettes! Alle zehn Finger legte man sich danach...“

„O, hören Sie auf, hören Sie auf!“ ruft Tüllerich beschwörend.

„Mir bricht das Herz dabei.“

„Armer Kerl, wie Sie darunter leiden...“

Tüllerich denkt:

„Ich werde mich beim Leichenhauus entschuldigen, aber nicht zu knapp!“

Endlich, nachdem man zwei Stunden gelaufen ist, kommt man zum Friedhof. Die Zeremonie ist kurz. Tüllerich hört, wie jemand von der Familie gleichgültig sagt:

„Also dann sind wir uns einig; wir treffen uns, wie verabredet, in dem kleinen Café an der Ecke, im „Lebensglück“.“

„Recht so, erwartet mich dort“, meint der Witwer. „Bestellst Wein, Sardinien und Kusschnitt. Ich gehe schnell zum Steinweg und bin gleich wieder da.“

Dann schiebt er seinen Arm unter den Tüllerichs, der wieder Vertrauen gefaßt hat.

„Kommen Sie mit mir, Sie guter Verwandter, der einzige selbstlose Verwandte. Kümmern Sie sich nicht um all die herzlosen Menschen, die nur an Essen und Trinken denken. Wie schlecht ist doch die Welt!“

Er schleppt Tüllerich mit sich über den Friedhof.

Nachdem sie ein gutes Stück hin und her gelaufen sind, langen sie vor der Tür des Cafés an. Vogelgäus beginnt zu lachen:

„Die sollen warten, bis sie schwarz werden, die Lumpen! Sie lauern nur auf mich, um von der Erbschaft zu sprechen. Geldbott! Kommen Sie, Sie guter Kerl, Sie dauern mich, Sie sind ganz grün!“

Er stößt Tüllerich, der einer Ohnmacht nahe ist, in ein Auto.

„Montmartre!“ befiehlt er.

Der Wagen faßt los.

„Jede gute Tat findet ihren Lohn, darum bringe ich Sie jetzt auch nach Hause. Wie leidend Sie aussehen, Tüllerich. Die Erregung, wie?“

„Einen guten Rat: Essen Sie heute abend nichts, trinken Sie höchstens etwas Kamillentee. Und morgen ein großes Glas Rhinus, damit Sie einmal ordentlich abfahren... Lassen Sie bald von sich hören.“

Er setzt den Bettler vor seiner Tür ab.

„Und vor allem, wenn Sie so gegen Mittag mal bei mir vorbeikommen, dann essen Sie einen Happen mit mir. Ich mache mich viel Umstände, denken Sie daran!“

(Berechtigte Uebersetzung von Dr. Ernst Reun.)

Die Handvoll Luft.

Von D. Lufshat.

Zwei junge Männer saßen in grüner Buschlaube und waren eifrig bemüht, durch Beispiele ein verwickeltes Problem aufzuklären. „Es ist immerhin ein Unterschied, ob du eine Handvoll Luft in Luft wirfst oder in leeren Raum. Wenn der Mensch in Gott fällt, so gerschnitz er in ihm wie Luft in Luft. Fällt er aber in Gottes-Leere, so breitet er sich aus und durchdringt die Leere mit rosendem Wachstum.“

„Das geht nicht. Eine Handvoll Luft kannst du nicht ins Leere werfen. Luft will zu Luft, Mensch will zu Gott.“

„Gerade das Unmögliche verlangt danach, getan zu werden. Das Mögliche zu tun ist überflüssig. Die große Leere hat Sehnsucht nach Erfüllung. Sie jagt die Luft in sich hinein.“

„Dein Beispiel hin! In Wirklichkeit sind Gott und Mensch überall. Mensch und Gott sind gleichzeitig in der Luft und in der Leere.“

„Und wohin, meinst du, strebt der Mensch, wenn er zu Gott will?“

„Nach seinem großen Bruder. Wie das Wasser des Flusses zum Meere will, oder wie der Lufthauch in diesem Garten dem Gewittersturm zustreift.“

„Das scheint zu eindeutig, um wahr zu sein.“

„Zweideutiges ist immer irgendwie in Lüge verschlungen.“

„Ist es nicht besser, zur Länge zu greifen, wenn eine eindeutige Wahrheit unsern Durst nicht stillt?“

„Ist es nicht tapferer und ehrenvoller, sich an der bitteren Wahrheit zu vergiften, als mit wohlwollender Länge sein Leben zu trüben?“

Ein Mädchen betrat die Laube und setzte einen Korb mit Obst auf den Tisch.

„Ihr seid eifrig“, rief sie munter, „darf man erfahren, worum es sich handelt?“

„Du sollst Schiedsrichter spielen.“

„Erklärt mir den Fall.“

„Wir können nicht einig werden, ob es richtiger ist, eine Handvoll Luft ins Leere zu werfen, oder wieder in Luft.“

„Ihr seid Dummköpfe. Luft ist überhaupt nicht zum Werfen da, sondern zum Atmen.“

„Tatsächlich“ riefen die beiden, „das ist wahrhaftig eine Entdeckung, das hast du gut gemacht. Wollen wir uns darauf einigen.“

Sie begaben sich nicht wieder auf den Moorboden des Problemgesprächs, sondern aßen Obst und atmeten friedlich die reine Gartenluft.

Die größten und die kleinsten Menschen. Der größte Mensch, der in den letzten hundert Jahren gelebt hat, soll ein Finnländer sein, der die respectable Länge von 2,83 Meter aufwies. Als der kleinste wird daneben ein Ungar betrachtet, der 0,43 Meter maß. Zwischen diesen beiden Extremen gibt es natürlich die verschiedensten Durchschnittsgrößen. Bei den Paläontologen soll die größte Durchschnittshöhe zu finden sein, nämlich 1,78 Meter. Dagegen messen die Ruskmänner in Sibirien durchschnittlich nur 1,55 Meter. Das mittlere Maß zwischen diesen beiden extremen Durchschnittsmäßen ist 1,69 Meter.

Berliner Boobierfest.

Von Alfred Frische.

In der Hasenheide, dicht an der Grenze des Neuköllner Arbeiterviertels, steht ein Bierpalast. Mit Riesensälen. Von grünmütigen Wästen wehen blaumweiße Fahnen und leuchtende Transparente verkünden mit großer Glühbirnenchrift die bayerischen Belange, mit denen die sonst so ungeliebten Spreetribunen belangt werden sollen: „Großes Boobierfest! Münchener Heil! 30 bayerische Wadel! Riesenruffschbahn! Herrliche Deterration! Sieben Kapellen! Drei Döfen im Lucullusofen!“ Das läßt sich ein Berliner nicht zweimal sagen. Rudelweise steigen sie aus der Untermall der U-Bahn empor, ganze Familien schwingen sich von Strohhalm und Autosbus, und auduläre Bodenend-Kavaliere helfen ihrem „Berhötnis“ aus der Lodge mit dem Keintarif. Ueberhaupt, die Trierung: Publikum zum Keintarif. Von ganz unten bis zum Gemüseladen und Blättelgeschäft. Darüber hinaus die Wenigen, die studienhalber... Also verspricht es ein Boobierfest zu werden. Und das ist eine ausschließliche Angelegenheit.

Eintritt: pro Rase eine Mark. Und wenn eifrige Gorderordenfrauen der Püschmantel ober der Seel-Kanin übergeben worden ist, reißen Diener, deren dunkelblaue Fräcke mit Silberborten bestickt sind (das kann man für eine Mark verlangen), die Türen zum Paradies auf. Borerst ein kleiner Raum. Etwas Altwiese, etwas Grottenromantik und etwas Kubstall. Von oben her tönt das Gebudel einer „Alm-Band-Kapelle“. Knonale Geräuschmusik mit Kuhglockengebümmel. An einem eingebauten Pappstiefen hängt ein Schild, auf dem steht:

Hier schlägt man für kein täglich Brot.
Die Döfen und die Kälder ist.
Doch sollst Du, Wandrer, wissen.
Nur solche mit vier Füßen.
Dum magst Du ruhig fürbaß gehn.
Dir wird gewiß kein Leid geschehn.

Es klingt glaubhaft. In einem Winkel des Kuhstalles sitzt einer, der sehr früh angefangen hat und sehr früh fertig geworden ist: er ist des „süßigen Stoffes“ schon voll. Mit Hingabe dreht er einer an die Wand gemalten Kuh den Schwanz ringsherum. Denn die Schwänze von den angemalten Kühen sind echt und baumeln aus der Wand heraus. Auf diese Weise gelangt jeder zu einer Beköstigung. Graue, irdene Maßkrüge stehen auf den Tischen, an denen sich hungrige und noch mehr Durstige niedergelassen haben. Die echten bayerischen Wadel (wer's nicht glaubt, muß an einen „Waischen“ glauben) schleppen unermüdetlich — in jeder Hand zehn — die Maßkrüge herbei. Dazu dampfendes Sauerkraut und Würstel, gefüllt mit Fleisch von Doh, Kuh und Schwein. In den Lederbüchsen der immer lachenden Wadels klumpen die Münzen... Bettler. Durch den Kuhstall hindurch in den großen Saal hinein. Zwei Kapellen musizieren auf bayerische Art. Bärm, Bärm, Bärm! Und dann das Lied des Abendts, das in immer schnellerer Folge wiederholt wird: „Trink, trink, Brüderlein trink!“

„Bum, bum, bum!“ dröhnt die Pauke der Kapelle. „Eins, zwei, drei, drei, G'uffa!“ schreit der Kapellmeister in den Saal und wirft mit lautem „Guchhu!“ seinen grünen Bibi in die Luft. Und im Saal greift alles zu den Maßkrügen und aiebt den braunen Soff in die Kehle. In den Läden der lachenden Wadels, die fleißig das Bier heranzubringen, klumpert das Geld. Der Bager ist eben schlauber als der „Sauereiß“, dem er einen Durst vormachen und einen „Wissen“ aufbinden kann. (Zum Schluß große Keiamorphose: aus dem Wissen wird ein Kater!)

Kingsum bayerische Kulissenpracht: über Almen, Sonnblüten und dunklen Wäldern tagen die schneebedeckten Gipfel der Berge. Aus Gips und Holz. Nur die Höhenluft fehlt. Im Witternacht kann die Luft in Stöße geschüttelt werden. Die Kronen echter Kiefer, die im Saal aufgestellt sind, ragen in den hohen Labalsqualm. Von der rund um den Saal fließenden Galerie schwingt sich eine Kutschbahn herab. An ihrem Fuße hat sich ein Jungesellenverein postiert, der nicht vom Flecke weicht. Denn auf der Ruffschbahn fliegen die Wadels, glänzende Seidestrümpfe, laden bunte Schlüpfer und nackte Kule. Der „Betrieb“ wird immer wilder. „Trink, trink, Brüderlein trink!“ schmettert die Kapelle zum tausendsten Male. Bum, bum, bum dröhnt die Pauke. „Eins, zwei, drei, G'uffa!“ schreit der Kapellmeister. Sein grüner Hut fliegt in die Luft, und unten im Saale fliegt das Bier, das immer „süßiger“ wird. Die Stimmung steigt. Man wird brüderlich und verachtet das Geld. Die Kabinenfrauen, die Wadels mit den Regalbüumen, den Ansichtskarten und dem „echten Edelweih“ machen ein gutes Geschäft. Und man ist so — liebebedürftig. Die Kulissen modeln bedenklich. Hier und da verschwindet ein Pärchen in den bayerischen Hochwald, der auf einem Vorhang aufgemalt ist. Mit Kuh und Hirsch. Aber es ist gar nicht nötig, in den Wald zu flüchten. Denn plötzlich verläßt das Licht, es ist dunkler in Saal, die „Berggipfel“ erglänzen hinterrot, der Kapellmeister trompetet also ein schmalziges Lied — — — und die im Dunkeln sind tauschfertig. Nach zehn Minuten — o, süße Emigkeit! — wird es wieder hell. Auf der Bühne steht eine Chaplinfigur und grinst und schwärmt mit einem entrüsteten „Doh!“ sein Stöckchen. Alte Liebe rotet nicht: Choplin wird mit lautem Hallo begrüßt. Er flüchtet zur Ruffschbahn hinauf. Ruffsch ab — mit dem Kopf nach unten — die Kapelle spielt einen Tusch — bum, bum, bum, dröhnt die Pauke. „Eins, zwei, drei, G'uffa!“ — Chaplin zu Ehren! — man ist auf dem Höhepunkt. Auf der Bühne wird ein Schlußakt gelehrt. Und dann sinnt alles: „Was mach' der Wager auf dem Himalaja...“ Das aufgemaite Watterhorn erdröht, es wird wieder mal „zappenduster“ im Saal. Auf wackligen Treppen, in tiefen Grotten und im aufgemalten Hochwald (hinkern Vorhang), gegen „nachgiebige“ Pappstiefen gedrückt, knistert, was knistern kann.

Der nächste Saal. Hier wird eine „leffe Sohle“ gelehrt. „Wange an Wange“ Körper an Körper, dicht aneinander gepreßt. Raum daß sich ein Paar drehen kann. Von oben gesehen gleicht der Saal einem siedenden Topf voll mabdelnder Sätze. An den Wänden die aufgemalte Pracht des Bergiesgebener Landes mit dem Königssitz. Ein Empfindsamer sitzt auf der Galerie, schindet die heiße, stidige Luft und träumt von den freien Bergen. Urten quakt das Sargophon. Ein Wadelschen, im dünnen Seidenfäden und mit kirrharaten Lippen, spricht einen Herren nach dem anderen an: „Du, kannst du mir mal zwei Groschen geben — ich muß mal raus!“ Wer gibt der hübschen Schwarzlockigen mit den braunen Wadelsaugen nicht zwei Groschen für die Toilettenfrau? Alle geben. Jede Minute gibt ein anderer, ohne Ahnung davon zu haben. Denn die Kleine huscht vom Mann zu Mann und bettelt um zwei Groschen, weil sie „mal raus“ muß. Eine Kaffinierte, die ihre Konjunktur gewittert hat, — Ueber's Parlett schurren die Sohlen. Aus dem anderen Saal klingt wieder das Lied: „Trink, trink, Brüderlein trink!“ Die Pauke dröhnt. Bis in die dritte Stunde. Dann geht es hinaus in den kalten, nassen Morgen. Mit weißem Gesicht — leeren Portemonnaie — und wachsendem Kater. Auf dem Jahrdamm stehen geschlossene Droschken. Pärchen Kettern hinein und lassen sich eine Stunde durch die Stadt schunkeln. Zu einem fernen Ziel.

